

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Posten frei ins Haus monatlich 21 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeitzeile oder deren Raum 5,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mk., Reklamen 25,00 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

# TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 129

Montag, den 6. Juni 1922.

29. Jahrgang.

## Ein Attentat auf Scheidemann.

Kassel, 6. Juni.

Auf den Oberbürgermeister von Kassel, den Genossen Scheidemann, wurde ein Blausäureattentat verübt. Scheidemann setzte sich gegen den Täter sofort zur Wehr und feuerte mehrere Revolvergeschosse auf ihn ab, worauf dieser entfloh. Scheidemann wurde bewußtlos. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, des Täters habhaft zu werden.

Kassel, 6. Juni.

Ueber das Attentat, das gestern nachmittag auf Scheidemann verübt wurde, werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt: Scheidemann ging mit seiner Tochter und seinem Enkelkinde im Walde bei Wilhelmshöhe spazieren. Plötzlich trat ein Mann auf ihn zu und warf ihm einen Gummiball ins Gesicht, der mit einer zunächst nicht feststellbaren Flüssigkeit gefüllt war. Der Mann ergriß dann sofort die Flucht. Erst auf Zuruf seiner Tochter feuerte Scheidemann einen und dann noch einen zweiten Revolvergeschuß hinter ihm her, wurde dann bewußtlos und brach zusammen. Nach einer Viertelstunde etwa kam er durch die Bemühungen eines zufällig im Walde spazierengehenden Arztes wieder zur Besinnung. Der Arzt stellte fest, daß der Inhalt des Gummiballes nur Blausäure sein konnte, da irgendwelche ätzende Wirkung nicht auftrat, sondern lediglich Vergiftungserscheinungen sich zeigten. Das genaue Ergebnis der chemischen Untersuchung, die in Kassel vorgenommen wird, steht noch aus. Die Spur des Täters wurde durch Postzeihunde sofort aufgenommen, bisher jedoch ohne Erfolg. Nach den Beschreibungen Scheidemanns und seiner ihn begleitenden Angehörigen gehört der Täter dem Alter nach den besseren Ständen an. Am Ort der Tat hat er einen schweren Stiefelstock zurückgelassen. Es ist weiter festgestellt worden, daß er am Bahnhof Wilhelmshöhe sich eine Fahrkarte nach Wabern gelöst hat. Ob er wirklich den Zug benutzte, ließ sich bisher nicht ermitteln.

Der Polizeipräsident hat zunächst eine Belohnung von 5000 Mark auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Allgemein, und den Umständen nach wohl auch mit Recht, nimmt man an, daß der Täter aus politischen Motiven gehandelt hat. Die sozialdemokratischen Parteien haben bereits für Mittwoch große Demonstrationsveranstaltungen angesetzt.

Die deutsche nationalistische Presse heßt seit einigen Wochen wieder in fast ungläubiger Weise gegen alles, was irgendwie republikanisch aussieht, sodaß die Mordanschläge gegen republikanische Führer naturgemäß wieder beginnen müssen. Die „Lüb. Anz.“ werden die ganze Angelegenheit wahrheitsgemäß damit abtun, daß sie erklären, kein Schatten eines Beweises lasse sich für einen monarchistischen Mord erbringen. Und wenn der Beweis doch erbracht wird, dann erklärt man die Mörder schnell für verrückt. Weshalb schauen die Herrschaften nicht auch einmal in den schmutzigen Sündenpiegel ihres schlechten Gewissens?

## Um die Anleihe.

SPD. Berlin, 4. Juni.

Das Morgan-Komitee ist verlegt. Obwohl seine Verhandlungen ausdrücklich als vertraulich bezeichnet wurden, gelangen aus der letzten Sitzung Einzelheiten in die Öffentlichkeit. Danach scheint man sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigt zu haben, welche Höhe die Deutschland zu gewährenden Anleihe haben soll. Es soll zunächst über eine Methode diskutiert worden sein, nach der sofort eine möglichst große Anleihe auf dem internationalen Geldmarkt aufzunehmen ist. Wie verlautet, hat bei dieser Diskussion Klarheit darüber geherrscht, daß eine Durchführung nur möglich ist, wenn die Gesamtschuld Deutschlands wesentlich reduziert wird, andererseits aber auch eine teilweise Annullierung der Kriegsschulden unter den Verbündeten erfolgt.

Bezüglich der deutschen Finanzkontrolle äußern sich maßgebende Mitglieder der Reparationskommission dahin, daß es sich lediglich um eine Nachprüfung unseres Budgets, die von 8 Beauftragten besorgt werden soll, handeln wird.

## Moratorium statt Schuldenreduktion.

London, 6. Juni.

Der Korrespondent der „Morning Post“ in Paris führt aus: Die schwierigste Frage für das Anleihekomitee sei die, ob die Gesamtsumme der deutschen Schuld reduziert werden könne. Der Korrespondent glaubt, daß Italien und England auf eine bereits an sie gelangte Anfrage bis Mittwoch eine bejahende Antwort geben werden, daß aber Frankreich und Belgien auf ihrem unanwandeligen Standpunkt beharren. Der Wiedergut-

machungsausschuß habe keinerlei Vollmacht, die deutschen Schuldverpflichtungen zu reduzieren, wohl aber könne er Deutschland ein Moratorium oder Teilmoratorium bis 1930 für die bis Ende 1926 fälligen Summen gewähren und zwar mit einfacher Stimmenmehrheit. Der Korrespondent meint, angesichts der letzten Erklärungen Poincares lasse sich eine Lösung nicht voraussehen.

## Was Poincaré immer redet.

Paris, 6. Juni.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat anläßlich der Feierlichkeit in Verdun am Pfingstfeiertage eine längere Rede über die Wiedergutmachungsfrage gehalten. Er betont die Unmöglichkeit der Herabsetzung der für die Wiederherstellung festgesetzten Summe. Frankreich müsse eine Last unterhalten, um sie in den Dienst seiner gerechten Forderungen zu stellen. Frankreich hätte Deutschland den Beweis außerordentlicher Mäßigung gegeben und stets die friedlichsten Absichten gehabt. Vierundzwanzig Millionen Francs hätten die Franzosen schon für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete aufgewandt. Die Bevölkerung habe ein Recht, das zu verlangen, was Deutschland ihr versprochen habe. Die besiegten Völker dürften es sich nicht erlauben, herartige Verpflichtungen zu verletzen. Wenn der Friede Deutschland gestatte, sich auf Kosten Frankreichs zu bereichern, dann würde die Sache, die die Vereinigten Staaten und Frankreich zusammen verfolgten hätten, eine Niederlage erleiden, und das wäre für Frankreich der Ruin und eine Erniedrigung.

## Frankreichs Starrsinn.

Noch keine Einigung über die russische Frage.

SPD. Berlin, 4. Juni.

Am 3. Juni hat die französische Regierung den an der Haager Konferenz beteiligten Staaten das Memorandum über die russische Frage zugehen lassen. Dieses Memorandum deckt sich inhaltlich fast mit der französischen Note vom 9. Februar und nimmt eingehend auf die drei wichtigsten Fragen: Staatsschulden, Privatschulden und Wiederherstellung des den Ausländern gehörenden Besitzes, bezug. Frankreich hält auch jetzt noch seinen Standpunkt, der von Barthou in Genua in allen russischen Angelegenheiten vertreten wurde, aufrecht und betrachtet die Konferenz im Haag als zwecklos, soweit die Sowjetvertreter ihr am 11. Mai in Genua übermitteltes Memorandum nicht zurücknehmen sollten. Besonderen Wert legt die französische Regierung auf die Feststellung, ob die Mitglieder der Konferenz als Vertreter ihrer Regierungen oder nur als Sachverständige betrachtet werden sollen. Im ersten Falle bezeichnet man die Konferenz eine Fortsetzung von Genua, was nach den getroffenen Abmachungen nicht zulässig sei. Hierüber, wie überhaupt über den Gang der Konferenz, müsse zunächst Einverständnis erzielt werden, wie auch Uebereinstimmung darüber notwendig sei, daß vor dem gemeinsamen Zusammentritt beider Kommissionen eine Klärung der Sachlage erfolgen muß. Aus alledem geht hervor, daß die französische Regierung, vorausgesetzt, daß sie überhaupt im Haag vertreten sein wird, dort dieselben Obstruktionsabsichten durchzuführen gedenkt wie in Genua. Der Unterschied ist jedoch bei der Haager Konferenz der, daß die Alliierten mit Frankreich weniger Geduld haben werden als in Genua, wofür schon der Artikel 6 der Vereinbarungen über die Haager Konferenz spricht, der den Alliierten das Recht gibt, Sonderverträge mit Rußland abzuschließen, falls sich auch im Haag die Aussichtslosigkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Frankreich ergeben sollte.

## Helst Oberschlesien!

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf: Die schmerzliche für uns auch die Trennung von unseren Brüdern und Schwestern im polnisch werdenden Oberschlesien ist, so erwacht uns doch in diesen Tagen die nächste Pflicht, mit der Aufbauarbeit in dem Teile Oberschlesiens zu beginnen, der jetzt mit dem deutschen Vaterlande wieder vereinigt werden soll. Bei dieser Arbeit will der Oberschlesische Hilfsbund ein wichtiges Werkzeug sein. Er will helfen, die Wunden jeglicher Art zu heilen, die in der Vergangenheit dem ober-schlesischen Volke geschlagen worden sind, er will helfen, daß in der Zukunft unsere Brüder und Schwestern an ihrer deutschen und, ober-schlesischen Art festhalten können.

Das deutsche Volk wird nie vergessen, daß die Oberschlesier in diesen schicksalsschweren Jahren standhaft und treu für ihre Heimat eingetreten sind. Der Oberschlesische Hilfsbund braucht noch Mithelfer, Freunde und Gönner. Hier ist eine Gelegenheit durch die Tat zu danken und zu helfen.

Geert, Reichspräsident.

## Sei deutsch!

Ludendorff, der große „Deutsche“.

Dr. L. Lübeck, 6. Juni.

Im Eisenbahnabteil, im Wirtshaus, im Theater, auf der Straße und selbst im Familienbad schlägt dir täglich, ja stündlich, das Wort ins Ohr: Sei deutsch! Was heißt aber: deutsch sein? Bedeutet das, durch Arbeit an der Gesundung der deutschen Wirtschaft beitragen? Nein. Oder durch ehrlich-braves Steuerzahlen dem schlottigen Beutel des Finanzministers auf die Beine helfen? Auch nicht! Oder durch sparsames Leben, durch billige Lieferung von Lebensmitteln hungernden Volksgenossen das Leben zu ermöglichen? Bewahre; nichts von alledem!

Auf ganz anderen Wegen hast du deine deutsche Gesinnung zu beweisen. Erstens mußt du wenigstens drei Abzeichen in deinen Knopflöchern tragen; mindestens eins davon hat in schwarz-weiß-roter Farbe zu glänzen, und eins die Form eines Stahlhelms oder eines Hakenkreuzes zu zeigen. Ferner mußt du täglich mindestens zwei Stunden damit verbringen, daß du auf die Juden schimpfst. Das Schimpfen auf die Republik und die Sozialdemokratie kannst du in einem Punkt zusammenfassen und in einer Stunde täglich erledigen. Nicht vergessen aber darfst du auch, in alkoholischer Stimmung immer ein kleines Viertelstündchen dem lieben Mann aus Holland zu widmen und patriotische Lieder stehend und schwungvoll der staunenden Welt vorzutragen. Und wenn du gar von Zeit zu Zeit antimilitärische Rabauksandale verurtheilst; und dann noch recht oft die „Lüb. Anz.“ oder die „Hamburger Warte“ aus einer Notiztasche in die andere schiebst, immer mit dem Titel nach außen, so bist du bald ein „Deutscher“ ohnegleichen. Ein Deutscher, der sich getroffen in der Echtheit seines Herzens mit Ludendorff selbst messen kann. Und dieser ist doch wohl ein zuverlässiger Maßstab für die Bedeutungsbelange eines arischen Helden.

Wenn du das alles tust, oder besser gesagt getan hast, so winken dir sehr große Freiheiten. Der Ruf des gut deutschen Mannes haftet dir dann mit der gleichen Beharrlichkeit an wie das Monokel dem seligen Leutnant. Dein Patriotismus steht dann so unverrückbar und unantastbar fest, daß nichts mehr seinen Glanz verdunkeln kann.

Oder hat es vielleicht Ludendorffs Glanz im geringsten verdunkelt, als er sich dazu hergab, für eine unwichtig deutschfeindliche englische Wochenzeitschrift (Sunday Victorial) einen Heftartikel gegen die deutsche Republik und für einen neuen Kaiser zu veröffentlichen? Alles gegen recht gute Bezahlung? Er hat der englischen Deutschenbege gegen gute Bezahlung gutes Material geliefert. Er hat dadurch der deutschen Sache unendlich geschadet; mehr jedenfalls als der Fälscherpion Anspach. Aber er ist Ludendorff; und Ludendorff ist ein „deutscher“ Mann.

Mit dieser neuesten deutsch-völkischen Heldentat des Herrn Deserteurs Ludendorff befaßte sich der „Vorwärts“ ausführlich. Er veröffentlichte in seiner letzten Ausgabe die Photographien der Seiten 6 und 7 des genannten „Sunday Victorial“. Auf Seite 6 — links — schreibt in großen Buchstaben folgende Ueberschrift eines Heftartikels aus der Feder des bekannten Deutschenfeindes Lovat Frajer:

„Warum Frankreich recht hat. Deutschland muß in diesem Monat bezahlen oder die Folgen tragen.“

Und daneben, auf Seite 7 — links — steht ein anderer Artikel, von General Ludendorff — geschmückt mit dem Bildnis des Verfassers — über dem die Ueberschrift prangt, in ebenso großen Buchstaben wie über dem Artikel Lovat Frajers:

„Deutschland muß wieder einen Kaiser haben. Loyalität und Disziplin sind unbedingt erforderlich. Von General Ludendorff.“

Was würde man in den deutschvölkischen Bünden wohl für ein Geschrei anschlagen, wenn irgend ein Republikaner oder gar ein Jude seinen Namen an ein deutschfeindliches Blatt irgendwo in England oder Frankreich zu solchem Gehwede verkauft hätte.

Aber es handelt sich ja hier um Ludendorff; und Ludendorff ist ein „deutscher“ Mann. Du kannst alles geopfert haben für dein Land, du bist trotzdem ein vaterlandsloser Gefelle, wenn du nicht auf Hakenkreuzdeutsch mitschreibst. Und du kannst jeden Tag Deutschland verraten und verkaufen; ein guter „Deutscher“ bist du doch, sobald du die Abzeichen und das Benehmen eines „Deutschvölkischen“ zur Schau trägst. Und wenn du gar den Namen Ludendorff trägst...

# Ein Erzbergermord-Prozess.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

W.D. Offenburger, 3. Juni.

Am 7. Juni beginnt in Offenburger vor dem Schwurgericht der Prozess gegen den Kapitänleutnant Killinger, der der Beihilfe am Morde Erzbergers beschuldigt ist. Fast ein Jahr ist vergangen, seit die Schreckensjahre im Schwarzwald geschah, die das ganze deutsche Volk in Aufruhr versetzte und die Arbeiterschaft allerorts zu Protestkundgebungen herausforderte, wie sie in der Geschichte fast einzig dastehen. Das Material, das während der mehrmonatlichen Fahndung nach den Mördern zusammengekommen wurde, ist äußerst umfangreich, ja fast kaum übersehbar. Als Beweisstücke werden dem Gericht am Verhandlungstage der Schädel Erzbergers vorliegen, der zwei Schüsse aufweist, die durchschossene Zoppe des Toten, Patronen, Kugeln und Hülsen, die man am Tatort auffand, außerdem viele Photographien vom Tatort. Die Befürchtung, daß das umfangreiche Aktenmaterial auch diesmal gestohlen werden könnte, hat man durch Vervielfältigung und Sinterlegung der Abschriften an verschiedenen Orten des Reiches vorgebeugt.

Leider hat die anerkanntwertige Tätigkeit der badischen Polizei unter Mithilfe der Berliner Kriminalisten nicht zu der Ergreifung der Täter geführt, obgleich kurz nach der Tat die Möglichkeit bestanden hätte, Schulz und Thilleßen in München zu verhaften. Bekanntlich fand die Untersuchungsbehörde am Nachmittag des Mordtages hinter dem Gasthof (Zum Sirsch) eine Anzahl Papierschnitzel, die mühsam zusammengesetzt wurden, und ergaben, daß die Mörder Schulz und Thilleßen hießen. Auf Grund dieses Anhaltspunktes wäre die Festnahme der Mörder geglikt, wenn nicht vorzeitige Journalisten den Plänen der Untersuchungsbehörde, wenn auch unbewußt, entgegengehandelt hätten. Drei Berichterstatter begaben sich nämlich am Mordtage zu der „Sirsch“-Wirtin, um von ihr Näheres zu erfahren. Unwissend wurde ihnen Auskunft gegeben und dem Entweichen Schulzes und Thilleßens dadurch Vorbehalt geleistet, daß die Berichterstatter die Auskunft sofort an ihre Blätter nach München telegraphierten, so daß die am nächsten Morgen in München eingetroffenen Mörder aus dem Bericht entnehmen konnten, daß man ihnen auf der Spur ist. Nachdem klar war, daß sich die Mörder nach der Tat zunächst nach München begeben hatten, wurde der Tätigkeitsbereich der badischen Polizei nach der bayerischen Hauptstadt verlegt. Hier arbeitete die Polizei mit jüngeren Telegrammen, um der Mordtäter habhaft zu werden. Trotz aller Vorkehrungen konnte Schulz jedoch nicht aufgefaßt werden. Auch die Ausfahne seiner Wirtin einem Botschaftboten gegenüber, daß er sich wahrscheinlich in der Wohnung des Kapitänleutnants Killinger in der Leopoldstraße befindet, führten nicht zu seiner Verhaftung, sondern nur zur Festnahme eines Herrn Kauter, der längere Zeit in Haft gewesen ist. Eine nähere Durchsuchung der Wohnung Killingers ergab die Spur einer viel genannten Geheimorganisation. Durch ein fingiertes Telefongespräch wurden 8 Personen, die durch Aktenkunde kompromittiert wurden, in die Wohnung des Killinger gelockt und dort festgenommen. Später erfolgte die Beschlagnahme von umfangreichem Aktenmaterial in der Zentrale der Organisation „C“, die in Wirklichkeit ein Ableger der ehemaligen Marinebrigade Ehrhardt war und die Kennzeichnung Organisation „C“ trug, weil Ehrhardt von seinen Anhängern „Konstul“ genannt wurde. Ehrhardt selbst konnte nicht festgenommen werden, da er sofort flüchtig wurde. Die Organisation „C“ plante ihre Ausdehnung über das ganze Reich und verfolgte den Zweck, die Regierung zu kürzen.

Einwandfrei festgestellt ist, daß Schulze, Thilleßen und Killinger der Organisation als aktive Mitglieder angehörten.

Killinger wurde in Augsburg, als er sich auf der Fahrt von Halle nach München befand, festgenommen. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung in München traf ein Telegramm aus Halle ein, in dem der Beschuldigte seine Rückkehr nach München unter gleichzeitiger Angabe des Zuges mitteilte. Die Kriminalpolizei beauftragte sogleich die Polizei in Augsburg, unter Zuhilfenahme eines fingierten Telegrammes, das in dem betreffenden Zuge ausgereicht wurde, Killinger zu verhaften. Er hat sich nunmehr wegen Beihilfe zum Mord Erzbergers zu verantworten. Schulz und Thilleßen haben, wie einwandfrei festgestellt wurde, nach ihrer Rückkehr nach München bei Killinger ihre Koffer untergestellt. Weiter hat der jetzt Beschuldigte den Mördern zur Flucht ins Ausland verholfen, sie nach dem Bahnhof begleitet und seine Adresse als Postadresse für die Mordtäter zur Verfügung gestellt. Bis her hat Killinger den Anschein erweckt, als seien von ihm nur harmlose Aufträge der Mörder ausgeführt worden.

Schulz und Thilleßen traten bekanntlich im September und Oktober vorigen Jahres in den vornehmsten Hotels und Bars von Budapest auf und ließen den Anschein erwecken, als ob sie mit großen Mitteln ausgestattet seien.

Geladen sind von den Anklageerzählern 87 Zeugen und von den Verteidigern, einem Offenburger und einem Münchener Rechtsanwalt, ebenfalls eine Anzahl von Zeugen.

## Gegen die Ausländer-Heße.

Von den verschiedensten Seiten wird die Regierung fortwährend bedrängt, noch härter als bisher gegen die Ausländer vorzugehen. Es sind aber durch die Verhältnisse dem polizeilichen Eingreifen Grenzen gezogen, die nicht ohne Schaden überschritten werden können.

Seitens der ausländischen Botschaften des Reiches laufen anstandslos bei der Reichsregierung Beschwerden ein, daß die zügellose Heße gewisser Zeitungen gegen die Ausländer das Werden von Sympathien für Deutschland geradezu unmöglich mache. Selbst deutschnationalen und ablige Herren aus der alten militärischen Diplomatie haben solche Beschwerden eingehend und ganze Stöße ausländischer Zeitungen beigelegt, die in den bittersten Worten die Ausplünderung, Verfolgung und Beschimpfung aller Ausländer in Deutschland beklagen. Daraus geht jedenfalls hervor, daß es sich bei dem Vorgehen gegen die Ausländer um ein zweischneidiges Schwert handelt.

Die Bekämpfung der Ausländerfrage für die deutsche Rohausgangs- und Ernährungsverhältnisse wird im allgemeinen hart beurteilt. Die Zahl der Ausländer in Deutschland, die sich hier dauernd aufhalten, dürfte nicht wesentlich größer sein, als die amtliche Statistik ausweist. Die zahlreichen Kontrollen und Razzien haben die weitaus meisten Ausländer veranlaßt, sich zu weiden und sich um die Ordnung ihrer Papiere zu bemühen. Eine umfassende Erneuerung in größerem Umfang hat vielleicht im Jahre 1919 stattgefunden, ist aber noch der jetzt getrossenen Maßnahmen ganz ungewiss.

Mit Ausweisungen wird gegen alle diejenigen Ausländer vorgegangen, die sich gegen das Strafgesetzbuch verzeihen oder sonst für das deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsleben als unerwünscht erscheinen. Darüber hinausgehen erscheint nicht angängig. Insbesondere kann eine politische Auswahl, also eine allgemeine Ausweisung entweder der monarchistisch gesinnten Russen oder der bolschewistisch gesinnten Russen nicht vorgenommen werden. Ganz abgesehen davon, daß man von den Nachbarstaaten schwerlich die Durchfuhrerlaubnis bekäme, würde man damit aller Wahrscheinlichkeit nach der Wiederanknüpfung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten einen tödlichen Schlag versetzen.

Auch ließe es sich nicht verantworten, wollte man den unteren Verwaltungsbehörden und untergeordneten Polizeiorganen die Ausweisungsbefugnis geben. Schwere Mißgriffe würden sich dann unzweifelhaft häufen. Schon jetzt haben wiederholt hervorragende Führer selbst der Deutschen Volkspartei beim preussischen Ministerium des Innern vorstellig werden müssen, um Ausweisungsbefugnisse rückgängig zu machen, und es hat sich in diesen ... in anderen Fällen erwiesen, daß die Ausweisung besser unterbliebe. Unter diesen Umständen kann die wilde Presseheße gegen die Ausländer in Deutschland im Lande selbst keine praktischen Erfolge zeitigen; aber sie muß uns dafür umso mehr im Ausland schaden.

## Deutsch-italienische Verhandlungen.

Rom, 6. Juni.

In den nächsten Tagen wird in einer noch nicht bestimmten Stadt eine Konferenz zwischen deutschen und italienischen Delegierten stattfinden, die sich mit den von Deutschland in natura zu leistenden Reparationszahlungen beschäftigen wird. Als Vertreter Italiens wird der bekannte Großindustrielle Alberto Pirrelli und als Hauptdelegierter Deutschlands Dr. Kunze vom Wiederaufbauminiisterium bezeichnet. Es sollen Vereinbarungen darüber getroffen werden, welche Waren Deutschland zu liefern hat.

## Das Sowjetparadies.

Wie der „Vorwärts“ zuverlässig aus Moskau erfährt, sind die Sowjetvertreter zu einer dringenden Sonderberatung im Kreml zusammengetreten, die die Anordnung außerordentlicher Maßnahmen zum Gegenstand hatte — veranlaßt durch die bevorstehende vollständige Entwertung des Sowjetgeldes, durch das massenhafte Ausweichen von Beamten aus den Provinzialbehörden, die sich weigern, weiterhin unentgeltlich zu arbeiten, da die ohnedies unzureichenden Gehälter nicht oder mit großer Verpätung ausgezahlt werden; durch den offenen geduldeten Protest der Arbeiterschaft und die unzufriedene Stimmung in der Roten Armee. In Moskau zirkulieren alarmierende Gerüchte. Bezeichnend ist, daß sogar eine in der „Pravda“ (Nr. 112) veröffentlichte Zuschrift auf die trostlose materielle Lage der roten Soldaten hinweist, die eine Desorganisation in die Rote Armee trage; schnelle praktische Abhilfe sei unerlässlich.

Die Berliner Sowjetgesandtschaft erklärt, von einer schweren Erkrankung Lenins nichts zu wissen und nicht an sie zu glauben. Die Abreise Rabeks und Litwinoffs habe auch nichts damit zu tun.

Das Präsidium des Zentralkomitees hat das vom Revolutionstribunal gegen 6 Geistliche wegen Widerstandes gegen die Enttötung der Kirchenbücher gefällte Todesurteil in fünf Jahre Kerker umgewandelt, die Gnadengesuche fünf anderer Priester abgewiesen. In Petrograd hat der Prozess gegen 35 karellische Anführer, darunter 2 Mitglieder der weißen karellischen Regierung, begonnen. In den Moskauer Fabriken und bei der Truppe veranstalteten die Kommunisten Meetings, daß die Sozialrevolutionäre zum Tode verurteilt werden.

## Endlich Regen.

Der Moskauer Mitarbeiter der „Rigaischen Rundschau“ übermitteln die wie ein Märchen klingende Nachricht, an der jedoch tatsächlich etwas Wahres zu sein scheint, daß die vorjährige Sommerzeit, die wegen der anhaltenden Dürre im Frühling nicht aufkam, jetzt dank dem ausgiebigen Regen zu sprechen beginnt. Felder, die tot und erstarbt dalagen und in diesem Jahre aus Mangel an Saatgut und Arbeitskräften nicht bestellt werden konnten, zeigen frisches Grün. Der Berichterstatter rät hinzu, daß natürlich abzuwarten bleibe, ob diese Erscheinung wirklich in größerem Maßstabe zutage tritt.

## Kommunistischer Agitationschwandel.

Wir lesen im „Vorwärts“:

Die „Rote Fahne“ wartet ihren Gläubigen mit einem neuen Agitationsstück auf, der schon seit einiger Zeit zu erwarten war. Sie behauptet, daß im Preussischen Landtag bei der Beratung des Jahresplans die Sozialdemokraten einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Abtreibungsparagraphen niedergelegt hätten.

Die Sache ist wesentlich anders. Bei jeder Beratung des Jahresplans bringen die Kommunisten gewohnheitsmäßig eine List von Anträgen ein, die so oberflächlich bearbeitet, so schludrig abgefaßt und so wenig durchdacht sind, daß selbst bei Vorhandensein eines brauchbaren Kerns eine Annahme in der Form, wie die Kommunisten ihre Anträge formuliert haben, nicht möglich ist. Wenn die Sozialdemokraten denn diesen Anträgen nicht zustimmen, deren Konsequenzen oft ganz andere wären, als die Antragsteller beabsichtigen, dann erhebt sich demagogisches Entzweiungsgeschrei, und es wird so dargestellt, als hätte die Sozialdemokratie gegen den Grundgedanken des Antrages gestimmt und nicht, wie es tatsächlich der Fall ist, gegen seine unmögliche Fassung.

So war es auch hier. Die Kommunisten beantragten einfach Entziehung sämtlicher Strafbestimmungen auf die Abtreibung. (Der ganze Antrag hatte, nebenbei bemerkt, nur moralischen Wert, da die Veränderung des Strafgesetzes nicht Sache des Landtages, sondern des Reichstages ist.) Nun wird aber jeder Versäufliche, wenn er auch noch so weitgehende Einschränkungen der heutigen mittelalterlichen Strafbestimmungen fordert, zugewiesen, daß gewisse Kanonen bleiben müssen, damit nicht gewissenlose Elemente und Späher, wie dies leider gar zu häufig vorkommt, die Schwangeren Frauen auf das Schweiße in ihrer Gefundheit schänden. Wer es mit den Frauen wirklich gut meint, kann nur dafür eintreten, daß Abtreibung denn strafbar bleibt, wenn sie in bestimmter und nicht gesundheitsgefährdender Weise vorgenommen wird.

Deshalb beantragten die Sozialdemokraten die Ueberweisung des Antrages an den Rechtsausschuß, damit er dort eine brauchbare Fassung erhalte, die den modernen medizinischen und strafrechtlichen Erkenntnissen auf diesem Gebiete Rechnung trägt. Aber dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar auch mit den Stimmen der Kommunisten, denen es eben nicht um wirkliche Strafrechtsreform, sondern um bloße Agitation zu tun ist. Sie wollten durchaus ihren Antrag in seiner unannehmbaren Form belassen, um dann aus seiner Nichtannahme Kapital für ihre Agitation schlagen zu können, wie dies nunmehr geschieht. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zur Abtreibungsfrage werden sie freilich damit nur ganz Dumme täuschen. Wer diese Stellung, die auch die Stellung der Landtagsaktion ist, kennen lernen will, den verweisen wir auf die ausgezeichnete kleine Broschüre der Genossen Paderbruch und Dr. Grotjan.

## Die Not der Zeitungen.

Wir lesen im „Vorwärts“:

Nachdem die Herabsetzung der Gütertarife für Zeitungsdruckpapier erfolgt ist, hat die Reichsregierung eine weitere Maßnahme zur Senkung der Druckpapiere angeordnet. W.D. meldet dazu:

Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums werden künftig Ausfuhrbewilligungen für Waren des ersten Abschnitts des Zolltarifs („Papier, Pappe und Waren daraus“) nur unter der Bedingung erteilt, daß 1 1/2 % des Ausfuhrwertes der Sendung als Sondergebühr für die Presse abgeliefert werden. Für die vor dem Inkrafttreten der Anordnung fest abgeschlossenen Verträge sind Uebergangsbestimmungen vorgesehen.

Auch dieser Schritt zeigt die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung, der Presse zu helfen. Aber auch er bringt in Wirklichkeit keine nennenswerte Erleichterung. Ursprünglich war gefordert und beabsichtigt, die Exportgewinne für Zellstoff und Druckpapier zur Verbilligung des Zeitungspapiers energisch heranzuziehen. Das scheiterte an dem Widerstand der Interessenten und der Arbeitnehmer der beteiligten Gewerbe. Jetzt beschränkt man sich auf die Erfassung von 1 1/2 % des Exporterlöses durch Erhöhung der Gebühren für Ausfuhrbewilligungen. Der Ertrag dieser Maßnahmen kann den Druckpapierpreis nur um einen Bruchteil seiner jetzigen Höhe senken. Die geringe Entlastung, die das Zeitungsgewerbe dadurch erhält, wird ausgeglichen durch die auf allen Gebieten fortschreitende Teuerung, die auch zur Erhöhung der Löhne und Gehälter führt.

Bis jetzt hat die Regierung nur unzulängliche Maßnahmen getroffen, um die Not der Presse zu mildern. So sehr man ihren guten Willen anerkennen mag, so wenig ist praktisch erreicht. Immer noch warten wir auf eine wirklich durchgreifende Hilfe, die mit der Verbilligung des Papierholzes beginnen und die gesamte Herstellung des Zeitungspapiers billiger gestalten müßte.

## 6500 Pfund Butter Pacht.

Ein Freund des „Vorwärts“ sendet seinem Blatt die „Österrischen Nachrichten“ vom 30. Mai. Es ist in ihnen zu lesen:

Mariendorf. Der hier belegene, 32. von Landwirt Ottjes bewirtschaftete Grünlandspatz zur Größe von circa 85 Hektar der Frau Wm. G. Kragenberg zu Hebingen-Wormerl wurde im öffentlichen Termine an Landwirt Detert Siemers in Holtshufen verpachtet. Die Pacht beträgt 6500 Pfund Butter jährlich.

Der erzielte Pachtpreis stellt auch unter den heutigen Verhältnissen einen Rekord dar und ist auch in manch anderer Hinsicht lehrreich.

Unter einem „Grünlandspatz“ versteht man einen Hof, bei dem die Weidewirtschaft vorherrscht. Es handelt sich um einen Hof mittlerer Größe von etwa 140 Morgen, der vor dem Kriege höchstens 4000 bis 5000 Mk. Pacht gebracht hat. Der jetzige Pachtpreis von 6500 Pfund Butter jährlich entspricht unter Zugrundelegung der geltenden Butterpreise der höchsten runden Summe von 1/2 Millionen Mark. Diese Summe zahlt schon der Pächter, der doch auch noch leben und verdienen will! Beziffert man den Verdienst des Pächters nur auf 25 Proz. der Pachtsumme, so kommt man zu dem beinahe ungläubigen Resultat, daß heutzutage aus einem mittleren Bauernhof über 600 000 Mk. herausgewirtschaftet werden. Daraus kann man ersehen, mit welchen ungeheuren Verdiensten die „notleidende“ Landwirtschaft auf Kosten der übrigen Volksteile arbeitet.

## Die Steuern der Hohenzollern.

Unsere Parteigenossen, die Abgeordneten Krüger-Merleburg und Brunner, richten an die Reichsregierung folgende Anfrage: Nach uns gemeldeten Mitteilungen haben die Angehörigen des Hauses Hohenzollern bis zum heutigen Tage keine Steuern gezahlt. Die Steuerbehörden sollen unserem Vernehmen nach die Stundung der fälligen Steuern bewilligt haben, und zwar mit der Begründung, daß das Vermögen der Familie Hohenzollern beschlagnahmt worden ist. Nach dem geltenden Recht haben alle Steuerpflichtigen, unbekümmert der etwa eingelegten Berufung, ihre Steuern nach der erfolgten Einschätzung zu entrichten, so daß mit Recht davon gesprochen werden kann, daß den Angehörigen des Hauses Hohenzollern ein Vorrecht eingeräumt ist. Durch die in den letzten 3 1/2 Jahren eingetretene Geldentwertung muß sich ein ganz erheblicher materieller Vorteil für die Hohenzollern ergeben, wenn die rückständigen Steuern in der mittlerweile stark entwerteten Papiermark entrichtet werden. Wir fragen die Reichsregierung, ob sie erstens bereit ist, darauf hinzuwirken, daß die rückständigen Steuern von den Hohenzollern schnellstens eingezogen werden und ob sie zweitens Maßnahmen zu treffen gewillt ist, die den durch die Geldentwertung eingetretenen Vorteil für die Hohenzollern wieder ausgleichen.

Esperantokongress in Breslau. Breslau beherbergte in den Vorigen Tagen die deutschen Esperantisten, die zu ihrem 11. Kongress zusammengetreten waren. Gegen 600 Teilnehmer waren auf der Tagung, die unter dem Vorsitz des großdeutschen Industriellen Dr. Stege stattfand, anwesend. Kardinalfürst Erzbischof Vertram sagte der Bewegung keine Unterstützung zu, die er durch einen besonderen Beauftragten übermitteln ließ. Auch Oberbürgermeister Dr. Wagner, der Breslauer Polizeipräsident und die Oberpostdirektion traten für die Verbreitung des Esperantos ein.

Amerikanische Anleihe für Südstaaten. Im Namen der Regierung unterzeichnete gestern der Finanzminister Rumanudi den Anleihevertrag mit der amerikanischen Finanzgruppe Blair. Die Anleihe beträgt 100 Millionen Dollar, davon werden 30 Millionen in Bar, der Rest durch Anleihen in neu auszubauenden Eisenbahnlinien gegeben. Der Kurs ist 80%, der Zinsfuß 8 Prozent.

# Das Beamtenrätengesetz.

SPD. Berlin, 1. Juni.

Die erste Lesung des Beamtenrätengesetzes im 23. Ausschuss des Reichstages ist beendet. Das Ergebnis ist ein Torjo. Vom Regierungsentwurf ist wenig übriggeblieben. Die entscheidenden Fragen: Bestimmung des Mitbestimmungsrechts, Schlichtungsstellen und Schutz der dem Gesetz zu unterstellenden Arbeiter und Angestellten, blieben ungelöst. Außer einigen flüchtigen Strichen über das, was die Beamtenräte im großen und ganzen zu tun haben, findet sich über all diese Dinge in der gegenwärtigen Fassung des Gesetzesentwurfes kein Wort. Das kommt daher, daß der Ausschuss mit 14 gegen 14 Stimmen — Linksparteien und Demokraten gegen die übrigen bürgerlichen Parteien — nicht nur sämtliche Verbesserungsanträge zu den entscheidenden Paragraphen, sondern auch über die Regierungsvorlage selbst ablehnte und damit bewies, daß er in seiner jetzigen Zusammenfassung arbeitsunfähig und unfruchtbar ist. Um nicht die Zeit mit unnützen Debatten zu vertrödeln, hat man daraufhin den Rest der Vorlage gestrichen.

Aus dem Chaos einen Ausweg zu suchen, ist zunächst den Regierungsparteien überlassen worden. Jedoch ist man bisher keinen Schritt weitergekommen, da es trotz aller Bemühungen nicht möglich war, verschiedene der beteiligten bürgerlichen Abgeordneten zu einer Besprechung zusammenzubekommen. Infolgedessen ist die Klärung der Angelegenheit nunmehr offiziell von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD. übernommen worden.

Es wird abzuwarten sein, ob die Besprechungen zu einem greifbaren Ergebnis führen werden. Die Hoffnung ist nicht groß, weil gerade in den Differenzpunkten sich die Ansichten auch zwischen der Regierungspartei ziemlich scharf gegenüberstellen. Hinzu kommt, daß weder die Haltung der Demokraten noch die des Zentrums in diesen Dingen einheitlich ist. Möglich, daß die Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden an den Besprechungen vermittelnd und fördernd wirken wird. Notwendig ist aber, daß sich die beiden bürgerlichen Regierungsparteien zunächst innerhalb ihrer Fraktionen über die Kardinalpunkte klar werden. Dies ist bis jetzt nicht der Fall.

Wenn in dem nunmehr vorliegenden Entwurf diese oder jene wirkliche Verbesserung hineingefügt ist und auch hier und da ein offener Fortschritt verzeichnet werden kann, so ist dies hauptsächlich den unermüdbaren Kämpfen der SPD-Berliner im 23. Ausschuss zu verdanken. Dem Betriebsrätegesetz folgend haben sie eine Reihe von Anträgen gestellt, die sich eng an jenes Gesetz anlehnen und zum großen Teil auch Annahme fanden. Auch die Beamtenräterordnung des Reichsverkehrsministers und der bekannte gemeinsame Entwurf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie des Deutschen Beamtenbundes für ein Beamtenrätengesetz sind bei Stellung der Anträge berücksichtigt worden. Leider muß aber festgestellt werden, daß eigentlich alle Anträge, die entscheidende Fragen berührten und sich nicht nur mit einem vorläufigen freihändlerischen Vorhaben begnügten, sondern entschieden vorwärtsschreiten wollten — etwa in der Richtung der Wünsche des ADGB. und DBB. — von der geschlossenen bürgerlichen Front abgelehnt wurden. Es machte sich dabei das eigenartige und die moderne Beamtenfrage in ihrer

ganzen Breite und Tiefe grell beleuchtende Bild bemerkbar, daß die in den bürgerlichen Parteien als Abgeordnete sitzenden Beamten, die im Deutschen Beamtenbund gewerkschaftlich organisiert sind, nicht im entferntesten daran dachten, auch nur den Gedanken an ihre Spitzenorganisationen zu fassen, geschweige denn deren Forderungen zu erfüllen und für sie zu kämpfen. Das Umding der sogenannten „parteilosig-neutralen“ Organisation trat hier mit rückwärtsloser Deutlichkeit zutage. Der deutsche Beamtenbund täte deshalb besser, anstatt sich jetzt über die Unfruchtbarkeit der Arbeiten des 23. Ausschusses zu entrüsten und sie zu beschimpfen, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um jene Abgeordneten, die seine Mitglieder sind und denen das elende Ergebnis der ersten Ausschusslesung allein zu danken ist, auf seine Linie zu bringen. Allerdings erscheint es mehr als zweifelhaft, ob ihm das gelingen wird.

Man wird einwenden, daß der Abgeordnete im Reichstage nicht als Beamter und Vertreter des deutschen Volkes sitzt und er sich bei seiner Stellungnahme von politischen Gesichtspunkten leiten läßt. Zugegeben — nur wird damit nochmals bis zur Evidenz der Unfruchtbarkeit der sogenannten „parteilosig-neutralen“ Organisation, die sich auf keine (oder alle?) politische Partei stützen will, bewiesen. Im übrigen aber ist den Vertretern dieser Theorie nur zu empfehlen, einige Zeit bei den Angehörigen der Schwerindustrie, des Großkapitals oder bei den Großagrariern, die als Abgeordnete, heilsüchtig nicht als Interessenvertreter, im Reichstage in den Reihen der Reichsparteien — zufällig natürlich — sitzen, in die Schule zu gehen. Es ist taufend gegen eins zu wetten, daß sie von ihrem Irrtum bald geheilt werden, und dies nicht zum Schaden der ganzen deutschen Beamenschaft ist. Wenn das Beamtenrätengesetz verabschiedet werden wird, ist unter diesen Umständen noch nicht abzusehen. Bei der ersten Lesung des Entwurfs im Plenum war von der SPD. beantragt worden — und es wurde auch so beschloßen — ihn zur Beratung dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen, der auch das Betriebsrätegesetz behandelt hat. Dieser Antrag geschah in der bewußten Absicht, den Entwurf vor dem 23. Ausschuss, in dem allzuviel Beamte sitzen, zu retten. Man hoffte dabei, daß die Erfahrungen, welche die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes gemacht hatten, der Gestaltung des Beamtenrätengesetzes zugute kommen würden. Leider wurde der Beschluß wegen Überlastung des genannten Ausschusses rückgängig gemacht. Und nun wird der Entwurf im 23. Ausschuss, wo die meisten jener Abgeordneten aus dem Sozialpolitischen Ausschuss fehlen, langsam zu Tode gequält, wenn — nicht die Beamenschaft selbst rechtzeitig ihre Stimme erhebt und denjenigen Abgeordneten und Parteien zu Hilfe kommt, die den Beamten ein wirkliches Beamtenrätengesetz und nicht nur eine inhaltlose Attrappe geben wollen.

Ob sich die Beamenschaft hierzu wird aufrufen können? — Das Beamtenrätengesetz ist zwar keine Verordnungsangelegenheit, aber es geht um Güter, die höher stehen als Geld und Geldwert und deren wahre Bedeutung von vielen erst erkannt wird, wenn sie sie verloren haben. Man mag sich in Beamtentreuen seiner Täuschung hingeben: Nicht das Berufsbeamtenamt ist in Gefahr, wie man es jetzt aus durchsichtigen Gründen den Beamten in die Hände einzuhämmern versucht, sondern das Beamtenrecht ist in Gefahr und mit ihm der Beamten heiligste Rechte!

Lenins, ein ernsthaftes Schulbildungsmaterial gegen die Verhoffierten aufzutreiben. Aber alle noch so raffinierten Machinationen der bolschewistischen Gendarmerie waren vergeblich. Kritisch vor Zusammenbruch der Internationalen sozialistischen Konferenz in Berlin, als die sogenannte 3. Internationale glaubte, den Vertretern der sozialistischen Parteien West-Europas über die ungeheuren Verfolgungen der Sozialisten in Rußland eine Antwort geben zu müssen, tauchten „Beweise“ gegen die Gefangenen auf. Wie bei den meisten politischen Prozessen jedes Gewaltregimes, spielen auch hier Verrat und Provokation die ausschlaggebende Rolle. Im Februar 1922 erschien in Berlin (und nicht in Rußland) eine Schrift von Semionoff-Wassiljew „Die Kriegs- und Kampfarbeit der Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918“. In dieser Schrift wird dem Zentralkomitee der Partei der Sozialrevolutionäre eine ganze Reihe von „Verbrechen“ beigegeben, und zwar: Die Organisation von Attentaten gegen Lenin, Trotzky und andere bolschewistische Politiker, die Veranstaltung von Raubmorden und Plünderungen, Empfang von Geldern für Parteizwecke von der russischen Bourgeoisie, von der russischen Geistlichkeit, von der Entente-Bourgeoisie, von der deutschen Bourgeoisie und vom deutschen Generalkstab.

So wurde im nötigen Augenblick von der Sowjetregierung das Signal gegeben und die inhaftierten Sozialisten wurden reichlich mit belastendem Material überschüttet. Daß die Angaben der Schrift von Semionoff-Wassiljew aus der Luft gegriffen sind, geht aus einer Reihe von Tatsachen und aus der Rolle hervor, die Semionoff-Wassiljew spielte. Unmittelbar nach Erscheinen der Schrift „Die Kriegs- und Kampfarbeit der Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918“ kündigte die politische Abteilung des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (Tscheka) an, „daß es ihr gelungen sei, überaus wertvolles Material“ gegen die Partei der Sozialrevolutionäre zu erhalten, nämlich die „Entdeckungen“ des Semionoff-Wassiljews, auf Grund von dessen Angaben die Führer der Partei der Sozialrevolutionäre dem Obersten Revolutionstribunal übergeben würden.

Wer ist nun aber dieser ehrenwerte bolschewistische Held Semionoff-Wassiljew? Während der Revolution gehörte er der Partei der Sozialrevolutionäre an, wurde aber, wie der Beschluß des Zentralbureaus lautet, „wegen Handlungen, die mit der Würde eines Sozialrevolutionärs unvereinbar sind, von der Partei ausgeschlossen“. Darauf trat er in die bolschewistische politische Polizei ein, um seine früheren Parteifreunde zu verraten. Während des russisch-polnischen Krieges 1920 begab er sich nach Polen, wo er in der Aufständischenarmee der Wlacz (Militärspionage und bolschewistische Propaganda) tätig war. Dort wurde er verhaftet und ihm drohte die Todesstrafe. Semionoff-Wassiljew setzte sich mit dem damals in Warschau weilenden Führer der gegenrevolutionären Kräfte, Sawinkoff, in Verbindung und nahm von ihm den Auftrag an, in Sowjetrußland zugunsten der Gegenrevolution zu arbeiten. Auf diese Weise gelang es Semionoff-Wassiljew, durch Sawinkoff die Freiheit zu bekommen. Nach Rußland zurückgekehrt, verurteilte Semionoff-Wassiljew es nicht, seinen Warschauer Herrn und Retter zu verraten: Er meldete sich bei der Tscheka und erstattete „offenerzigt“ einen ausführlichen Bericht über seine Verhandlungen mit Sawinkoff. Die bolschewistische politische Polizei verhönte sich sofort mit dem kleinen Judas und hieß ihn wieder als einen wertvollen Mitarbeiter willkommen. Auf Grund eines Materials, das von diesem Agenten stammt, sollen nun angesehene Sozialisten, die große Verdienste um die russische Freiheitsbewegung haben, verurteilt werden.

In ihrem schamlosen Bestreben, einen tödlichen Anschlag auf politische Gegner zu verüben, nimmt die Sowjetregierung keine Rücksicht auf die elementarsten Grundzüge eines Gerichtsverfahrens, sondern veranstaltet die Komödie eines Prozesses. So soll z. B. die Anklageakte der Verklagten erst 48 Stunden vor den Gerichtsverhandlungen überreicht werden. Um diese Akte eher zu erhalten, saßen sich die körperlich völlig erschöpften Inhaftierten gezwungen, in einen Hungerstreik zu treten, worauf der bolschewistische Staatsanwalt Krikeno unerschrocken erklärte, die Angeklagten mögen hungern, so lange sie wollen. Ebenso ist den Angeklagten der Verkehr mit ihren Verteidigern verboten worden, sowie die gemeinschaftlichen Beziehungen untereinander. Die Sowjet-Presse treibt eine wüste Propaganda gegen die Angeklagten und ihre auswärtigen Verteidiger. Dabei geht die Hebe gegen die Verteidiger so weit, daß sie nur unter Lebensgefahr ihre Mission erfüllen können. Es werden eben alle Mittel angewandt, um von vornherein die Beurteilung der Verklagten herbeizuführen.

Die Inszenierung des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre wird von engpolitischen Gesichtspunkten aus geleitet. Nachdem der „neue Kurs“ kläglich verlagert hat und die Verelendung des Landes immer mehr zunimmt, benutzen die Sowjetmachthaber diesen Prozeß als nötigen Nährstoff für die Massen, um deren Aufmerksamkeit von der Katastrophopolitik des Kremls abzulenken.

Genau wie der Moskauer ist auch der bevorstehende Berliner Prozeß von größter politischer Wichtigkeit. Beide Prozesse sind eng miteinander verbunden. Als Grundmaterial für den Berliner Prozeß soll die erwähnte Schrift des Renegaten Semionoff-Wassiljew dienen. Formell unterscheiden sich die Prozesse dadurch, daß während in Moskau die Bolschewisten als Ankläger auftreten, sie in Berlin vor dem Gericht als Angeklagte sich zu verantworten haben. Um die öffentliche Meinung Westeuropas zugunsten der Sowjetjustiz zu bearbeiten, wurde unter dem Vorwand einer literarischen Besprechung der Schrift „Die Kriegs- und Kampfarbeit der Partei der Sozialrevolutionäre 1917 bis 1918“ im bolschewistischen Blatte „Nowy Mir“ ein Artikel veröffentlicht, der gegen den Führer der Partei der Sozialrevolutionäre, dem Vorsitzenden der verfassunggebenden Versammlung und Redakteur der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Golos Rossi“ (Das Organ der auswärtigen Delegation der Partei der Sozialrevolutionäre) B. N. Tschernoff, ungefähr die gleichen Anschuldigungen vorbrachte, wie gegen seine verhafteten Parteifreunde in Rußland. Daraufhin hat B. N. Tschernoff den verantwortlichen Redakteur des „Nowy Mir“ (Dr. Keffner) wegen Verleumdung verklagt. Bei den Berliner Verhandlungen soll die Verleumdung des bolschewistischen Blattes in ihrer ganzen Verworfenheit beleuchtet werden.

Wie auch die Urteile in Berlin und Moskau fallen mögen, für alle demokratisch und sozialistisch denkende Menschen ist es klar, daß nicht die Sozialrevolutionäre, sondern die bolschewistischen Machthaber auf die Anklagebank gehören.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schulz; für Infanterie Heinrich Steinberg; Redakteur Heinrich Steinberg; Druck von Friedrich Meyer & Co., Jülich in 1460.

# Mitnehmen des Eisenbahnerstreiks.

SPD. Berlin, 3. Juni.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Seit Wochen verhandelt die Reichsdisciplinarkammer in Potsdam gegen unklüdbare Eisenbahnangelegenheiten, die wegen des Eisenbahnerstreiks im Februar in Disciplinarkammeruntersuchung gezogen wurden. Es sind zu allermeist ältere, an Dienstjahren reiche Funktionäre derjenigen Beamtenverbände, die sich zur Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner zusammengeschlossen haben. Die Anklagen sind hauptsächlich darauf gestützt, daß die Angeklagten in der Sitzung vom 24. Januar für das Ultimatum an die Regierung und nach dessen Ablauf am 31. Januar für den Streik gestimmt haben; was sie gewöhnlich selbst anbezogen, obwohl die Bestimmungen geheim waren, so daß dem Einzelnen seine Zustimmung nicht nachgewiesen werden konnte. Schon das zeigt, daß die sogenannten Angeklagten nichts zu verbergen haben und ihnen jedes Schuldbewußtsein fehlt. Trotzdem werden sie samt und sonders verurteilt auf Grund jener Richtlinien des Verkehrsministers Groener, die auf hervorragende Tätigkeit bei der Urheberchaft und Weiterführung des Streiks Dienstentlassung setzen. Die Potsdamer Kammer findet die Merkmale der hervorragenden Tätigkeit schon in der Eigenschaft, Vorstandsmittglied eines der Unterverbände zu sein, an den erwähnten Bestimmungen teilgenommen und nach eigener Aussage mit der Mehrheit gestimmt zu haben. Der Einwand der Angeklagten, daß sie doch als Organisationsfunktionäre verpflichtet waren, dem auf Ultimatum und dann auf Streik gerichteten Willen ihrer Kollegen zu folgen, bleibt wirkungslos. Ihrem Hinweis, daß laut Reichsstatistik die Löhne der unteren Beamtenklassen damals unter dem Existenzminimum standen, was nachher auch durch eine weitgehende Erhöhung anerkannt worden ist, begegnet immer die Erwiderung des Vorsitzenden, daß die Regierung pflichtgemäß gehandelt habe und damals jedenfalls nicht mehr zahlen konnte. Und wenn die Angeklagten sagen, daß das Ultimatum nur die längst geforderten und notwendigen Verhandlungen herbeiführen sollte, so entgegnet der Vorsitzende, daß zwar die Beamten ein Recht zum Streik und die Pflicht haben, auch bei knappen Löhnen zu arbeiten, die Regierung jedoch nicht die Pflicht habe, mit den Beamten zu verhandeln und ihnen entgegenzukommen.

Bei der außerordentlich großen Bedeutung eines Eisenbahnerstreiks läßt sich gewiß für jede der entgegengesetzten Meinungen vieles anführen. Aber das Bedrückende an dieser Justiz ist, daß sie meistens auf Dienstentlassung erkennt, wie am letzten Freitag in zwei oder drei Fällen, wobei man dem einen Angeklagten besonders antreibt, daß er (nach Zeitungsberichten) in einer öffentlichen Versammlung während des Streiks in dessen Fortsetzung aufgefordert hat — wie er sagt, bis zum Verhandlungsbeginn und obwohl er betont, daß er diese Aufforderung aussprach, um in der kommunistisch-terroristischen Versammlung die Führung nicht seiner Organisation entgleiten zu lassen.

Es ist schmerzlich, sehen zu müssen, daß, solange nach dem halb vergehenden Streik ihm noch zahlreiche Sühneopfer gebracht werden. Als der Streik beigelegt wurde, hat die Sozialdemokratie vor der Öffentlichkeit und im Parlament die Vermeidung ihrer Raubjustiz gefordert. Nach dem Gang der Potsdamer Verhandlung muß man heute die Forderung aufstellen, ernsthaft mit ihrer Raubjustiz Schluss zu machen.

# Ein Rückzug in der „Dolchstoß“-Frage.

Die Thüringer Rede des Generals v. Deimling, die der Dolchstoßlegende den Gnadenstoß versetzte, gibt der „Kreuzzeitung“ Anlaß, in ihrer üblichen Manier gegen den höchst lästigen Jüngling persönliche Angriffe vorzugehen. Sie macht dunkle Andeutungen über den „Geisteszustand“ des Generals, der sein Kommando „wegen übergroßer Nervosität“ habe vorzeitig niedergelegen müssen. Ob diese Mitteilung in bezug auf Deimling stimmt, wissen wir nicht; dagegen weiß alle Welt auf das Bestimmteste, daß sie auf seinen Antipoden in der Dolchstoßfrage, Ludendorff, vollkommen zutrifft. Dieser Mann war es, der

nachdem er mit seinen Nerven zusammengebrochen war, die Dolchstoßlegende zur höchstpersönlichen Selbstverteidigung in die Welt setzte.

Sachlich fühlt sich die „Kreuzzeitung“ aber so sehr in die Ecke gedrängt, daß sie nun mit einemmal erklärt:

Es hat noch kein Vernünftiger und Sachkenner behauptet, daß der „Dolchstoß“ allein unsere Katastrophe herbeigeführt hätte, wohl aber, daß er ganz wesentlich zu unserem Unglück beigetragen hat.

Wenn wir die deutsch-nationale Grammatik richtig verstehen, so soll damit gesagt sein, daß die Behauptung, der „Dolchstoß“ habe allein die Katastrophe verursacht, mit Vernunft und Sachkenntnis unvereinbar sei, in Wirklichkeit habe er nur zu Deutschlands Unglück beigetragen, allerdings „ganz wesentlich“.

Das ist ein höchst bemerkenswertes Geständnis. Bisher haben wir immer gehört und gelesen, der Dolchstoß sei allein an allem Unglück schuld. Jetzt erfahren wir, daß es sich nur um ein Prozentverhältnis handelt und daß jeder, der etwas anderes behauptet, unvernünftig sei und von der Sache nichts verstehe. Vielleicht hat die „Kreuzzeitung“ die Güte, sich einmal darüber zu äußern, inwieweit andere Faktoren — Verlagen des monarchistischen Systems, falsche Einschätzung der Gegner, Fehler der Kriegsführung, Kriegsverlängerung und Annexionshege, Nichtachtung und Entwertung der breiten Volksmassen, Irreführung der öffentlichen Meinung u. a. — an der Katastrophe Mitschuld tragen, dann wird sich zum Schluß herausstellen, daß der sogenannte „Dolchstoß“ nur eine Folge jener Fehler von oben war, die die Sozialdemokratische Partei, die Trägerin des Verteidigungsgebahrens, vor dem Krieg und während des Krieges unablässig bekämpft hat.

# Der Bolschewismus auf der Anklagebank.

Zu den Gerichtsverhandlungen in Moskau und Berlin.

Von Paul Olberg (Berlin).

Der Prozeß gegen die Führer der Partei der Sozialrevolutionäre in Moskau, sowie die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen gegen das russische Bolschewistenblatt „Nowy Mir“ in Berlin, verdienen die größte Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterbewegung. Mit vollem Recht bildete auch der Moskauer Prozeß einen wesentlichen Punkt der Tagung der internationalen sozialistischen Konferenz in Berlin, die vom 2. bis 5. April 1922 abgehalten wurde. Bekanntlich sagte die Konferenz den Beschluß, Vertreter des internationalen Sozialismus, mit Emile Vandervelde an der Spitze, als Verteidiger der angeklagten Sozialrevolutionäre nach Moskau zu senden. Bei beiden Prozessen, bei dem Moskauer wie bei dem Berliner, handelt es sich um einfache Delikte des russischen oder des deutschen Strafgesetzbuches. Zwei klar entgegengesetzte politische Anschauungen treten hier zutage. Auf der einen Seite wird von der Oligarchie des Kremls unter dem Deckmantel des Kommunismus die nackte Gewalt verherrlicht. Auf der andern Seite kämpft im Todestampf für Sozialismus und Demokratie eine sozialistische Partei, hinter der 1917 bei den Wahlen zu der verfassunggebenden Versammlung die Mehrheit des russischen Volkes stand.

Wie bereits aus der Tagespresse bekannt ist, sind von der russischen Regierung eine Anzahl angesehenster Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre auf die Anklagebank des Revolutionstribunals gesetzt worden. Es ist recht bezeichnend für die Sowjetjustiz, daß die meisten der Angeklagten drei Jahre ohne Verhör und ohne Gerichtsverhandlung in den Gefängnissen hinarbeiteten. Jahre hindurch bemühte sich die bolschewistische

Wasch-Musseline in modernen Mustern Meter 99.00 29.00  
 Baumwoll-Flanell für Sporthermen und Blusen Meter 89.00 29.50  
 Zephir gestreift, für Blusen u. Sporthermen Meter 39.00  
 Perkal gestreift, ca. 80 cm breit, für Oberhemden Meter 49.00 45.00  
 Kleiderdruck für Hauskleider Meter 36.00  
 Kadettstoff für Knabenblusen Meter 59.00  
 Voll-Voile bedruckt in Streifen und neuen Mustern Meter 89.00 68.00  
 Voll-Voile weiß und moderne Farben, vorzügliche Qualität Meter 98.00  
 Frotté in vielen Farben und Mustern ca. 115 cm breit Meter 150.00 125.00  
 Blusenstoffe hell und dunkel gestreift Meter 48.00  
 Karierte Stoffe für Kinderkleider, doppeltbreit Meter 38.00  
 Bandstreifen neue Farben auf weißem Grund, reine Wolle Meter 98.50  
 Cheviot reine Wolle, schwarz ca. 130 cm breit Meter 135.00

Wasch-Seide ca. 70 cm breit 125.00  
 aparte Streifen Meter

**Klein**  
 sind die Preise  
**und**  
**groß**  
 sind die Vorteile  
 wenn Sie

Covercoat für Staub- und Regenmäntel ca. 130 cm breit Meter 175.00  
 Kostüm- u. Mantelstoffe reine Wolle, ca. 130 cm breit Meter 175.00  
 Rock-Streifen reine Wolle ca. 105 cm breit Meter 185.00  
 Serge u. Gabardine marine, ca. 130 cm breit Meter 285.00 275.00  
 Damentuch reine Wolle, ca. 130 cm breit sandf. f. Kostüme u. Mäntel Meter 245.00  
 Hemdentuch kräftige Qualität ca. 80 cm breit Meter 34.50  
 Linon leinenartig, ca. 80 cm breit, für Leib- und Bettwäsche Meter 39.50  
 Linon ca. 140 cm breit, für Bettbezüge Meter 79.00  
 Handtuchstoffe weiß Gerstenkorn ca. 48 cm breit Meter 29.50  
 Handtuchdrell Rein-Leinen, weiß mit roter Kante Meter 39.00  
 Frottier-Handtuch weiß, ca. 40/100 cm Stück 49.00  
 Schürzenstoffe verschiedene Streifen doppeltbreit Meter 39.50  
 Bettkattun ca. 140 cm breit, bedruckt Meter 65.00  
 Bourette-Seide ca. 110 cm breit 95.00  
 in modernen Farben Meter

# im Holstenhaus kaufen

**Ankerlin**  
 Bester Schuhputz  
 Gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab, versäuft das Leder.

**Monopol-Trinkbranntweine**  
 Gut Preiswert Rein  
**Leere Monopol-Flaschen 5 Mark**  
 wenn unbeschädigt und nicht verunreinigt, werden jetzt zu von (2942) den Verkaufsstellen zurückgenommen.  
 Monopolausgabestelle  
**Karl Schlüter, Lübeck, Ladiswehr-Allee 39.**

**Luisenlust** Jeden Mittwoch: Ball (2921) Damen Eintritt frei.  
**NDL**  
 NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN  
 Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern  
 Von BREMEN nach  
 NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA  
 Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecke, bequeme Gesellschaftsräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.  
 Auskünfte, Drucksachen u. Platzbelegung durch in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13. (2912)

Statt Karten.  
 Maria Bleschke  
 Ludwig Dürkop  
 Verlobte. (2938)  
 Gr.-Grönu. Lübeck.  
 Pflanzstr. 1922.

**Kartoffeln.**  
 Gejunde guttischende Sorte pr. 3tr 130.- Mt. 10 Bfd. 20.- Mt. (2940)  
**Henry Helm.**  
 Fleischhauerstr. 44.

**Todes-Anzeige.**  
 Nach längerem Leiden endlich sanft am Sonnabend, nachm. 4 Uhr, unsere liebe gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter (2935)  
**Christine Brandt,**  
 geb. Pröbmann  
 im 72. Lebensjahr.  
 Tief betrauert von ihren Kindern  
**Heinz Evers u. Frau**  
 geb. Brandt  
**Johann Friederich**  
 und Frau,  
 geb. Brandt  
**Rosa Schott Ww.,**  
 geb. Brandt  
**Wilh. Krause u. Frau**  
 geb. Brandt  
**Hans Grandsörfer**  
 und Frau,  
 geb. Brandt  
 und Enkelkinder.  
 Bestattung, Mühlentorstr. 20.  
 Bestattung Mittwoch, den 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause aus.

**Wie bekannt**  
 zahle ich die höchsten Tagespreise für  
 Lumpen, Eisen, Knochen, Papier, geb. Zeitungen, Flaschen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Felle u. Haare bei reeller Abnahme. (2916)  
**S. Kramer, Krähenstraße 18.**

**Wissen Sie? Wer?**  
 für Gold, Silber, Platin, Diamant-Sachen und Brillanten, Gemme - auch eine Zäune - gold. und Silber, Bekende und alle Münzen die höchsten Preise zahlt?  
**Westfeling** Lübeck  
 (2919) Holtenauerstr. 32.

**Kolosseum**  
 Jeden Mittwoch und Sonnabend  
 Sonntag, 6 1/2 Uhr.  
 Heinrich Ohde. (2920)

**Circus Gebr. Belli**  
 auf dem Burgfelde  
 gibt heute Dienstag abend eine  
**Große Gaia-Vorstellung.**  
 Am Mittwoch, 7. Juni, nachm. 4 Uhr:  
**Kinder- u. Famil.-Vorstellung**  
 Abends 8 Uhr:  
**Haupt-Vorstellung.**  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
 Die Direktion. (2946)

**KOLO SSEUM.**  
 Heute Dienstag, den 6. Juni:  
 Nachm. v. 4-7 Uhr. Abends 7 1/2-11 Uhr.  
**Garten-Konzert.**  
 Leitung: Kapellmeister Salanke  
 unter Mitwirkung von Hansi Funk v. Kinsberg, Solo- und Epigentänzerin, und Herr Hartmann vom hies. Stadttheater.  
 Eintritt M. 2.50, Dankskarten M. 25.- außer Steuer. (2932)

**Herren- u. Damenstoffe**  
 tadelloste Qualitäten vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.  
**J. Issler, Sandstr. 24**  
 Spezial-Geschäft. (2923)

**Preussische-Süddeutsche Klassen-Lotterie**  
 Neuer vergrößerter Gewinnplan.  
 Hauptgewinne:  
 4 Gewinne zu 1 Million  
 2 Gewinne - 1  
 4 Gewinne - 500 000 Mk.  
 2 Prämien - 500 000 -  
 Ziehung der 1. Kl. 27. u. 28. Juni d. J.  
 Preise der Lose für jede Klasse  
 1/5 1/4 1/2 1/1  
 Mk. 15.60 31.20 62.40 124.80  
 Lose einzeln (2944)  
**Wilhelm John**  
 Staatliche Lotterie-Einnahme  
 Schlüsselbuden 3-5.

**Cimerbier** Mittwoch von 4-8 Uhr (2934) Brauerei Stamer.  
**Sozialdemokr. Verein** (2941)  
**Versammlung der Frauen**  
 am Donnerstag, dem 8. Juni abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus  
 Tagesordnung:  
 Vortrag des Genossen Leber über: „Die Entstehung des Sozialismus.“  
 Zahlreiches Erscheinen der Frauen erachtet der Vorstand.  
 J. U.: L. Jaekstat.  
 NB. Am 14. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet eine Beschäftigung des Kinderheims, an der Mauer, unter Führung des Gen. Hoff statt.  
**Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.**  
 Filiale Lübeck.  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Mittwoch, dem 7. Juni abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
 Tagesordnung:  
 1. Abstimmung über das Ergebnis der zentralen Verhandlungen (2931)  
 2. Beratung der Anträge zum Verbandstag.  
 3. Verschiedenes. (2930)  
 Die Ortsverwaltung.

**Trocadero.** Schlüsselbuden 4.  
**Künstler-Konzerte.**  
 Beginn 8 1/2 Uhr. (2927)  
**Hansatheater.**  
 Gastspiel v. Adolf Triebhorn, Emil von Dollen und der preisgekrönten Schönheitstänzerin (2931) Beatrice Friedel in der großen Schlager-Revue  
**„In Lübeck ist der Teufel los“**

Gej. e. Morgenfrau bei 2 einz. Seiten. (2936) Jülichstr. 21.

**Metalldreher**  
 sofort gesucht.  
**Drügerwert**  
 Personalbureau. (2943)

**Kartoffeln zu verkaufen.**  
 Siedlung Göttingerstr. 439) Nachmittags 2  
**Grubh. Stube, gel. Ang.**  
 u. A 200 u. d. Gm. (2945)  
 1. Wohnung auf dem  
 Döllingel. gold. Straße  
 verl. G. e. Sel. abzug  
 (2929) Lübeckstr. 28-1

**Steppdecken**  
 Anfertigung, Aufarbeiten u. Neuherstellen.  
**Spethmann, Breite Str. 31**  
 (2913)

**Schäfer Martin Salbe**  
 1685  
 bewährtes Volksheilmittel bei Feindgeschäden, od. i. Wunden, Ausschlag, Widel, Fuchreiz, Dose 20.- Mt. (2914)  
 Adler-Apothek. Lübeck, Mengstr. 10.

**Die moderne Seidtblätter.**  
 Der Seidtblätter der alten Griechen mit 61 Abbildungen.  
 Von P. Bräker. Mt. 10.-  
 Buchhandlung Friedr. Meyers & Co. Johannistr. 46.

**Wir oder Nicht?**  
 Schrift und Nachschlagewerk für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache.  
 Leitfaden zum Gebrauch der Hausarbeit.  
 Leichtfasslich dargestellt von Carl Mann, Lehrer. Mt. 6.50 Mt.  
**Verlag J. Neumann, Neudammstr. 10.**

## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 6. Juni.

### Unser täglich Brot.

An deinem Brot für sechzehn Mark und zwanzig hängt, wenn du hinsiehst, allerlei —  
 Der Landmann läßt sich neue Ställe bauen,  
 behängt mit Pelz und Perlen seine Frauen;  
 er zählt das Geld nicht mehr — er muß es wiegen —  
 wo soll er nur den Krempel unterkriegen?  
 Im Flusse treibt ein neues Segelboot —  
 von deinem Brot.

Die Mühlen mahlen. Unternehmer grinsen.  
 Die Werte tragen unerhörte Zinsen.  
 Kein Käufer streift. Er kann und muß es tragen.  
 In den Garagen summen neue Wagen,  
 weil man die besten Droschken hat  
 von deinem Brot.

Der Bäcker backt. Die Löhne steigen munter,  
 doch vom Gewinne geht kein Pfennig runter.  
 Die Menschen leben vom Gehalte in den Mund.  
 Er ist der Preiselkönig, der Despot —  
 von deinem Brot.

So geht der Kreis: kein Landbetrieb geniert sich.  
 Die Industrie hingegen repanziert sich.  
 Wer hat, der hat. Nun leht Ihr Andern zu.  
 Sie teilen sich. Wer unten liegt, bist du.  
 Sie klopfen auf die Waren ihres Baus.  
 Das ist noch drin. Und das muß noch heraus!  
 Sie wollen alle leben, fett und reich:  
 in Willen, Autos, teppichwarm und weich...  
 Goldtäschchen, Zobel und der Frauen Lippenrot —  
 Das Deutsche, ist dein Brot.  
 (Theobald Tiger in der „Weltbühne“).

### Eine Beleidigungsanfrage gegen das Amtsblatt.

Deutschnationale Verleumdung von Arbeiterführern.

Es ist bekannt, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ zu jenen deutschnationalen Blättern gehören, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie oft in einer schmutzigen, niedrigen Art und Weise führen. Persönliche Berührungspunkte von Partei- und Gewerkschaftsführern spielen dabei niemals eine große Rolle. Oft waren wir genötigt, dem Amtsblatt wegen dieser unanständigen, ja unerhörten Kampfesweise auf die Finger zu klopfen. War das geschehen, dann jammerte man über den rohen Ton des „Volksboten“ und versuchte die gekränkte Ansehlichkeit zu spielen oder räumte hochtrabend und hochmütig.

Nun ist das „vornehme“ Blatt endlich einmal angelassen. In der Nummer 563 vom vorigen Jahre hatte es einen Artikel mit fester Ueberschrift: „Arbeiterführer“ und „Arbeiterblätter“ veröffentlicht, der von groben Verleumdungen sprach. Es heißt darin u. a.:

„Wenn die Arbeiter ihre berechtigten Interessen vertreten, so wird dagegen niemand etwas einwenden. Dagegen ist es eine Torheit und eine Selbstentwürdigung, wenn sie sich zu Wortführern Leute wählen, die statt die politischen Fragen sachlich zu erörtern, plumpe, schmutzige Verleumdungen gegen Persönlichkeiten richten, die befähigt und bemüht sind, in dieser schweren Zeit für die deutsche Sache zu wirken.“

Es handelt sich in diesem Fall um die Person Stinnes und um seine Reise nach London in jener Zeit, als die Privatierung der Eisenbahnen von den Großindustriellen propagiert wurde. Es wird dann in dem Artikel behauptet, daß über den Zweck der Reise und über das Wirken von Stinnes in London in den linksstehenden Blättern faulstüchtige aus den Fingern geflogene Lügen verbreitet wurden. Wörtlich heißt es weiter:

„Über die gemeine und verlogene Hezerei der geschilderten Art wird nicht etwa nur von den Linksradikalen berichtet. Der Mehrheitssozialdemokrat Thura u, der sich in einer Versammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Arbeiter (Direktionsbezirk Berlin) als Hauptredner gegen die sogenannte „Privatisierung“ der Eisenbahn aus sprach, schlug in die gleiche Kerbe. Er gab seinen Zuhörern zu verstehen, Stinnes wolle wohl, „der Regierung bei ihrer Kreditoperation wieder einen Stein in den Weg rollen.“ Er suchte also den Eisenbahnbeamten hinten herum die fiesche Lüge aufzureden, Stinnes habe bereits eine derartige landesverräterische Handlung begangen. Der plumpe Verleumder würde natürlich in arge Verlegenheit kommen, wenn er für seine dreistigen Behauptungen einen Beweis zu erbringen veranlaßt würde. Für schmutzige Erfindungen kann es natürlich keine Be weise geben.“

Unsere Arbeiter aber sollten sich endlich darüber klar werden, daß sie selbst bloßgestellt und geschändet werden, wenn Leute wie Thura u und die Mäher der „Roten Fahne“, der „Freiheit“ und ihre unabhängig-kommunistischen Nachbeter im ganzen Reich sich als „Wortführer der Arbeiterschaft“ betätigen dürfen. Die Arbeiter sollten den lächerlichen Hezern und Hezschreibern namentlich auch deshalb den Laufpaß geben, weil die an sich schon schwierige Arbeit der Männer, die in der heutigen bitter ernsten Lage durch Verhandlungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Entente für Deutschland, also vor allem auch für die deutschen Arbeiter zu retten suchen, was zu retten ist, aufs äußerste erschwert, ja vielleicht zunichte gemacht wird, wenn zu derselben Zeit eben diese Männer in Deutschland in Zeitungen und Versammlungen in den Ruf gezogen werden. Lassen sich unsere Arbeiter auch weiter von so lächerlichen „Führern“ am Narrenseil führen, so werden sie eines Tages — zu spät! — erkennen, wie sehr sie sich selbst auf diese Weise geschädigt haben...“

In diesen Ausführungen erblickte der Genosse Thura u mit Recht eine schwere Verleumdung und strengte daher eine Klage gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Lübeckischen Anzeigen“, Herrn Stavenhagen, an. Die Verhandlungen fanden am Sonnabend vor dem hiesigen Schöffengericht statt. Der Verklagte erklärte, daß er den Artikel nicht selbst geschrieben, sondern von seinem Berliner Mitarbeiter erhalten hätte. Er werde den Verfasser nicht nennen, übernehme aber für den Inhalt des Artikels die Verantwortung.

Genosse Thura u legte in längeren Ausführungen den hauptsächlichsten Inhalt seiner damaligen Rede dar und wies überzeugend nach, daß der Artikel des Amtsblattes völlig falsch, unwahr und verleumderisch sei. Er wies dann ferner an einigen Beispielen nach, in welcher geschäftigen Weise das Blatt stets den Kampf gegen die Arbeiterschaft und ihre Führer führt. In der Annahme, daß der vielen Umständen wegen keine Anklage erhoben würde, setzte man die Beschuldigungen und Beschimpfungen fort.

Der Beklagte entgegnete, da sein Blatt nicht die Arbeiter schimpfe, sondern nur den Marxismus und den Klassenkampf. Er sang dann ein Loblied auf Stinnes und sein Wirken. Betonte aber, daß ihm eine Beleidigung fern gelegen und daß, wenn er den Artikel selbst geschrieben hätte, solch starke Ausdrücke nicht gebraucht haben würde. Unter Berufung auf Paragraph 193 des Preßgesetzes (Wahrung berechtigter Interessen) ersuchte er um Freisprechung.

Der Verteidiger des Klägers, Herr Rechtsanwalt Jakobsen, schilderte in längerer Rede den ganzen Sachverhalt. Der Artikel enthalte gegen seinen Mandanten schwere Vorwürfe und Beleidigungen. Eine empfindliche Strafe müsse daher eintreten. Selbst wenn der Kläger in seinem Vortrage alle die ihm fälschlich nachgesagten Äußerungen gemacht hätte, so dürften, auch vom Standpunkte des politischen Geaners aus, solche schwere persönliche Berührungspunkte doch nicht erhoben werden. Der Redner habe immer nur hypothetisch gesprochen und die Pläne der Großindustriellen von der politischen Seite aus kritisch beleuchtet.

Herr Stavenhagen sah wohl ein, daß er schlecht abschneiden würde, denn nach kurzer Pause kam folgender Vergleich zustande: Der Beklagte erklärte: Nach dem Verlauf der Verhandlung kann ich mich mit den Ausführungen in dem betr. Artikel nicht mehr einverstanden erklären und sie nicht mehr zu den meinen machen. Ich nehme die an die Voraussetzungen des Artikels geknüpften Angriffe gegen die Person und die Führertätigkeit ausgesprochenen Beleidigungen mit Bedauern zurück. Ich übernehme die Ko-

sten des Verfahrens, einschließlich der Verteidigung sowie die Reisekosten des Klägers. Herr Stavenhagen erklärte sich ferner bereit, diesen Vergleich in seinem Blatte abzurufen.

Hoffentlich ist die Redaktion des Amtsblattes künftig etwas vorsichtiger in der Aufnahme von Schmähartikeln gegen Arbeiterführer. Nach dem Ausgang dieses Prozesses wird jeder erkennen, wo die „plumpen, schmutzigen Verleumdungen“ betrieben worden sind und wer „in arge Verlegenheit“ kam als er „für seine dreistigen Behauptungen einen Beweis erbringen“ sollte.

Sehr interessant ist es noch, zu erfahren, wie solche Schmähartikel für deutschnationale Blätter zustande kommen. Genosse Thura u erklärte in der Verhandlung, daß in der betreffenden Versammlung nur der „Vorwärts“ vertreten war. Kein anderes Blatt hatte einen Berichterstatter entsandt. Obgleich also der Verfasser des verleumderischen Artikels die Rede gar nicht gehört hatte, wurden grobe Beleidigungen und Verdächtigungen in die Welt gesetzt. Das sind natürlich keine „schmutzigen Erfindungen“. Wenn es gegen die Arbeiterschaft und ihre Führer geht, heißt der Zweck die Mittel. So sind die „vornehmen“ deutschnationalen Leute, die ständig mit ihrem „Anstand“ und ihrer „Würde“ prunken.

Pfingsten, das liebliche Fest des Frühlings, hat uns die von den Wetterpropheten vorausgesagte große Wärme nicht gebracht, wenigstens nicht am ersten Tage. Es war vielmehr recht kühl und ein längerer Sitzen im Freien unangenehm. Zu weiten Wanderungen in der freien Natur allerdings war das Wetter gut. Man brauchte sich nicht so oft den Schweiß von der Stirn zu wischen. Wer am ersten Tage eine Frühstour machen wollte, war zunächst enttäuscht, denn ein feiner Regen fiel bis gegen 5 Uhr morgens. Dann aber schloß Petrus die kleine Öffnung und die Morgenwanderung konnte beginnen. Bald herrschte dann auch ein reges Leben in den Ausflugsorten der nächsten Umgebung. Nachmittags und am zweiten Festtage steigerte sich der Verkehr; die Straßen, Eisenbahn usw. führten Scharen von Ausflüglern zu ihrem Ziel. Viele aber, die die hohen Fahrkosten sparen wollten, wanderten auf Schusters Rappen hinaus aus den Toren der Stadt. Ein kleiner Ausflug gehört nun einmal zum Pfingstfest. An diesen Tagen sucht möglichst jeder eine kleine Erholung in der schönen Natur, freut sich an dem jungen Grün, an der Blütenpracht und dem Gesang der Vögel. Ein klein wenig hatte der Regen am ersten Morgen die Farbenpracht der Natur aufgetrichert. Der kühle Nordwestwind legte aber die Feuchtigkeit bald wieder hinweg. Durch Autos hervorgerufene Staubwolken belästigten schon nachmittags die Spaziergänger. Hin und wieder konnte man auch Leute mit neuen Pfingstkleidern beobachten. Im Vergleich zur Vorkriegszeit waren das aber nur wenige. Wer hat heute auch das nötige Geld zu den teuren Kleidern? Die hohen Lebensmittelpreise verdrängen den letzten Groschen des Verdienstes der Arbeiter und Anweilenden. Die an den Pfingsttagen abgeleitete Sorge und das Einerlei des Alltagslebens tritt wieder in die Erscheinung. Um so nötiger sind für die in dumpfer Fabrik und Werkstatt Schaffenden einige Stunden der Erholung und der Freude in der freien frischen Natur.

### Wie kommst Du aus?

Von „ordentlichen und sehr ordentlichen“ Leuten.

Unter „ordentlich“ verstand man früher: sich und das Seine zusammenhalten, bescheiden, aber den Lebensbedürfnissen angepaßt leben und, so auf dem Boden einer gesicherten Ordnung stehend, mit zufriedenen Gesicht die Welt betrachten. Aus solchen „ordentlichen Leuten“ geht die Melancholie des deutschen Volkes zusammen. Wie alles, hat nach dem Krieg nicht nur die Ordnung, der Dinge selbst, sondern auch der Begriff „ordentliche Leute“ eine Umstellung erfahren. Heute wird er oft gewissermaßen als Zensur für Bedürfnislosigkeit erteilt. Zum Beispiel: ich spreche neulich mit einem Industriellen über Teuerung und Arbeiterlöhne. Unsere Ansichten stimmen da nicht ganz überein. Er erzählt mir von Arbeitern seines Betriebes, tüchtigen Mechanikern, die einen schönen Verdienst hätten, rund 1150 Mk. in der Woche. Sind die Leute verheiratet, haben sie Kinder? Frage ich. — Ja. Ich weiß nicht, wie eine Familie in dieser Zeit damit auskommt, jagt ich resigniert, weil ich an die Kosten des eigenen Haushalts denke. Und man wird die Zensur erteilt, wohlwollend, mit einem ge-

## Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eider.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie nickte. Schnell räumte sie alles beiseite. Dann kam sie mit ihrem Häkelknäuel herein und wollte gleich die Lampe anzünden.

„Lassen Sie die Lampe, Antje,“ bat der junge Mann, „ich habe die Dämmerstunde so gern. Wir wollen uns etwas erzählen.“

„Aber ich glaube, es schickt sich nicht, wenn wir hier im Düstern beisammen sitzen.“

„Ja, da haben Sie recht. Wissen Sie was? Wir gehen uns recht weit auseinander. Ich sehe mich in die Fensterreihe und Sie gehen sich drüben in den Lehnstuhl beim Ofen. Dann kann ruhig jemand herein kommen und uns sehen.“

„Ja, das wird gehen,“ stimmte sie zu, „aber in den Lehnstuhl lege ich mich nicht; das ist für bequeme Leute.“

Antje holte eine Fußbank und setzte sich vor den Ofen. Hier lag sie mit hochgezogenen Knien, die Ellenbogen aufgestützt und das Kinn in die Hände vergraben.

Im Ofen loderten helle, goldgelbe Flammenzungen um die schwarzen Torfblöcke. Manchmal knisterte es, und ein Funkenregen sprühte auf. Ein warmer Flammenschon fiel auf Antjes helles Haar, daß es wie Gold glänzte.

Ins unterhangene Fenster hinein schien der Mond, voll, klar und silberhell. Die Mondstrahlen fielen auf die andere Seite von Antjes Haar, und wo sie lagen, flimmerten ihre Locken.

Zwischen diesem goldenen und silbernen Schimmer wob die Dämmerung ihre Schleier, und Antje sah träumend auf ihrer Fußbank und ahnte nicht, daß sie aussah, wie ein Märchenbild.

„Antje,“ sagte Iven Andersen — er sprach mit gedämpfter Stimme, als fürchtete er, den Zauber dieser Stunde, der sie beide umspinnen hatte, zu zerreißen — „Antje, Sie sind kein gewöhnliches Mädchen, erzählen Sie mir aus Ihrem Leben!“

Antje hob das Köpfchen aus ihren Händen. „Ach, Herr, was soll ich erzählen? Das würde dem Herrn doch sehr arbeitslos vorkommen. Ja, reiche Leute die haben kein erzählen von lauter schönen Sachen, daß muß sich gut anhören.“

einander. Sie mußte sie erst in Reih und Glied aufstellen; denn sie war an Ordnung gewöhnt.

Jetzt gab sie sich einen Ruck, und Iven horchte auf.

„Unser Haus,“ begann Antje, „ist das kleinste im Dorfe. Es liegt im „Lüttgen En“ (kleinen Ende), wo alle die kleinen Leute wohnen. Auf der anderen Seite ist die „rieke Keeg“ (reiche Reihe), hier wohnen die Reichen. Die Runde um die Kirche herum heißt der Mehlbeutel, hier wohnen Arme und Reiche. Die Reichen sind die Kofinen im Mehlbeutel und die Armen die Korntischen, und die größte Kofine ist die Kirche.“

„In unserem Hause wohnten wir zu zwei Parteien. Auf der einen Seite wir, Dreesohn, Mutter und ich, auf der anderen Seite Krißhan Nahwer mit seiner Frau und Tochter. Sie hieß Benedikta, nach ihrer vornehmen Patin, die eine Freifrau war; wir sagten aber Dide zu ihr, weil das kürzer war und auch gut für sie paßte.“

„Krißhan Nahwer ist Aufsehtsmann für einen reichen Herrn, dem eine Menge Land in unserem Dorfe gehörte; wie der heißt, weiß ich nicht.“

„Ich glaube, Dreesohn hatte das Haus mit Krißhan Nahwer zusammen von der Gemeinde gemietet. Jede Partei hatte eine Stube und eine Küche, und die Hausdiene gehörte nur jeder zur Hälfte.“

„In unserer Stube waren zwei eingemauerte Bettstellen mit Türen, die Wände waren gefalst. Viele Möbel hatten wir nicht. Am Fenster stand ein großes Ledersofa, in welches Dreesohn und Krißhan Nahwer an jeder Seite eine Matze gelassen hatten. Dreesohn wickelte es alle Sonnabend; wenn er unsere Stiefeln wickelte, dann kriegte auch das Sofa sein Fett ab, dann war es ganz blank, und ich durfte mit meiner reinen Schürze nicht hinaufklettern. Nicht wegen der Schürze, sondern weil ich das Blanke vom Sofa abwuschte. Wenn die Woche zu Ende ging, wurde das Sofa wieder abgenutzt, desto blanker aber saßen Dreesohn und Krißhan Nahwers Hosenböden aus.“

„In einer Ecke unserer Stube hatte Dreesohn seine Werkstätt, da lagen allerhand kaputte Sachen herum, die er heil machen sollte. Da hing an der Wand ein Bauer mit einem Vogel drin, der war bunt und sauber und sah aus, als hätte er ein weißes Krägelchen um. Er hieß Hannes. Was er für ein Vogel war, weiß ich nicht. Er konnte nicht fliegen, aber er konnte pfeifen.“

„Komm Sie rein, komm Sie rein in die beste Stube.“ Das war Dreesohns Lieblingsstübchen.“

Mutter hatte noch einen Korblehnstuhl, der war so fein und zerbrechlich als sie selber. Der stand in einer Ecke beim Sofa, und darüber hing ein Wandspiegel hinter Glas. Das war ein

merkwürdiges Ding. Wenn man von links darauf sah, war es blau, und man las: „Glaube“; von vorn las man in ganz roten Buchstaben „Liebe“; und von der rechten Seite „Hoffnung“, das war dann grün. Mutter sah jeden Tag auf die Worte. Sie wiegte den Kopf nach rechts und links und blieb zuletzt gerade

danor stehen mit gefalteten Händen. Vor dem Sofa stand ein Tisch mit einer blanken, braunen Wachstuchdecke, die mit Band eingefast war, und an der Wand hing noch ein Spiegel, er hatte aber einen Riß, und dann Mutters Handmaschine nicht zu vergessen und den Spiegelschrank und die Blumentöpfe vor dem Fenster.

„Unser Garten aber, der war erst fein. Da wuchsen Kartoffeln und Bohnen und sogar Erdbeeren und dann nach Sauertosen und Wiesen und buntes Gras und Kiechkrant. Ueber dem Sigurterraum hing ein Bild von des Nachbars Topfelbaum; davon gehörte uns alles, was in unsem Garten fiel. Ach ja!“

Antjes Mühle hielt einen Augenblick inne. Iven drehte weiter. „Wer war denn Dreesohn? Ihr Onkel?“

„Ja, er ist meiner Mutter Bruder. Er ist klein und hat einen Buckel, aber er redete sich immer und jagte: „Gradauf wie ich.“ Das war spaßig. Sein Gesicht ist schrumpflig, wie ein Apfel, der zu früh vom Baume gefallen ist und den Winter über im Keller gelegen hat. So einer von der guten Sorte, die nicht rotten. Es ist ein gutes, altes Gesicht, und sein Herz muß ganz glatt und sauber sein, denn es ist so n feines, gutes Herz; der reichste Mann könnte kein besseres haben.“

„Aber sonst ist er ein Schelm, und wie er sich auf tausenderlei Ränke versteht, so hat er tausenderlei Schelmereien im Nacken. Damit hat er die Mutter immer aufgemuntert; sie war sonst gar zu still. Ach ja!“

„Wie sah Ihre Mutter aus, Antje? So wie Sie?“

„Ja — nein, ich weiß nicht. Etwas größer, glaube ich, und feiner, zarter. Sie war auch stiller als ich, sie lachte nie; ich habe sie aber auch nie weinen gesehen. Es suchte bloß manchmal um ihren Mund, und wer sie kannte, der wußte, was es zu bedeuten hatte, wenn ihr Herz weinte und wenn es lachte. Sie war auch viel hübscher als ich; sie hatte ein Gesicht wie ein Engel und ganz, ganz blaue Augen. Ach ja!“

„Dann leben Sie wohl Ihrem Vater ähnlich, Antje?“

„Ach weiß es nicht.“

„Wer war Ihr Vater, Antje? Wir können Sie es ruhig fragen. Keine Menschenkeule soll etwas davon erfahren, wenn Sie es nicht wollen.“ Ihr Vater war kein gewöhnlicher Mann.“

(Fortsetzung folgt.)

wissen Stolz, so wie ich es oft gehört habe: „Es sind ordentliche Leute, sehr ordentliche Leute.“

### Ein Mechaniker mit Höchstlohn.

Diesmal nahm ich die Sache beim Schopf, ging zu einem Parteigenossen, der Mechaniker mit tariflichem Höchstlohn ist und unterhielt mich mit ihm über Teuerung und Arbeitsentlohnung. Der sagte: „Wir haben ein Kind und ich habe gewiß eine tüchtige Frau, mit Familienzuschlag verdiente ich rund 1150 Mk. die Woche (also genau die von der anderen Seite genannte Summe) und wir kommen gerade durch. Nebenbei bleibt davon nichts, um mal Neuanfassungen zu machen. Sehr muß Verbindliches gekauft werden für den Jungen, für meine Frau, aber das ist nur möglich, weil ich jetzt, wenn ich meine Ferienwoche antrete, eine Summe ausgezahlt kriegen, von der wir das Notwendige kaufen. Wenn ich eine Woche nicht in die Fabrik muß, fällt das Jahrgeld fort, man kann sich mit dem Essen anders einrichten und nachher geht es noch ein paar Wochen sehr knapp. Aber es hilft doch alles nichts, wenn kein Hemd oder Strumpf mehr da ist, muß es mal angeschafft werden.“

So müssen die Menschen heute rechnen, der farge Urlaub muß verwendet werden, um sich knapper noch einzurichten. Die wöchentliche Abrechnung sieht so aus:

Verdienst	1150,—Mk.
Aufgaben:	
Steuern, Versicherungsbeiträge, Verbandsbeiträge inkl. 10 Mk. Extrabeitrag für die streikenden Metallarbeiter	149,— Mk.
Zeitung	9,—
Miete	17,50
Für das krankenfranke Kind nach ärztlicher Verordnung: 2 Eier 8 Mk., ¼ Speck 18 Mk., 1 Liter Milch 8,80 Mk., Reis 1 Mk., pro Tag 24 Mk.	238,—
1 Pfd. Schmalz 42 Mk., 2 Pfd. Margarine 67 Mk.	109,—
2 Pfd. Aufschnitt 120 Mk., Käse 20 Mk., 2 Pfd. Fleisch 80 Mk.	220,—
Marmelade 13,50 Mk., 1 Brot ohne, 3 mit Karte 58,20 Mk.	71,70
1 Pfd. Zucker 16 Mk., 1 Pfd. Mehl 1 Pfd. Reis, 1 Pfd. Grieß	50,—
20 Pfd. Kartoffeln 56 Mk., 1 Pfd. Hülsenfrüchte 12 Mk., Gemüse 14 Mk.	82,—
Salz und Streichholz 1 Mk., Feuerung und Licht 80 Mk.	31,—
¼ Kaffee, ¼ Kaffee-Glas	37,50
Waldpulver 10 Mk., Seife 8 Mk., Soda und Scheuerpulver 3 Mk.	21,—
Fahrgeld, zweimal täglich a 3 Mk., 6 Mk.	36,—
	1071,70 Mk.
bleiben	78,30 Mk.

für Essig, Del, Gewürz, Schuhputz, Fußwasser, Scherentuch, Stopfgarn, Nähgarn, Knöpfe usw., was nicht in jeder Woche gekauft wird, aber zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sauberkeit absolut nötig ist und auf jede Woche umgelegt mindestens mit 15 Mk. berechnet werden mußte. — Für Neuanfassungen und Reparaturen bleibt nichts; 1 Paar Damenstrümpfen kosten über 100 Mk.

Ganze 10 Mk. verbraucht dieser Mann in der Woche für persönliche Bedürfnisse, die Frau nichts; sie „leihen“ sich ¼ Pfund Kaffee; und es sind Menschen, die Natur und Kunst lieben und verstehen, aber es langt weder zum sonntäglichen Fahrgeld für drei Personen, noch zum Theater- oder Konzertbesuch für zwei.

### Ein Scriber und ein Privatangestellter.

Dann ging ich zu einer anderen Familie, liebe, fleißige Menschen. Der Mann verdient alles in allem 1000 Mk. die Woche als Scriber im eigenen kleinen Geschäft, das vor dem Kriege für die Familie ein gutes, beschriebenes Auskommen bot. Die Familie besteht aus Vater, Mutter und drei Töchtern im Alter von 10 bis 16 Jahren; der älteste ist in der Lehre.

In der dritten Familie ist der Mann Privatangestellter mit 3800 Mk. im Monat. Es sind zwei kleine Kinder da; der Verbrauch an Milch, Zucker, Seifenpulver und Feuerung ist entsprechend hoch. Die junge Frau muß 22 Mk. für den Zucker bezahlen, um ihn nur zu bekommen, und die kleinen Kinder brauchen ihn. Hier muß für die Kinder auch etwas Butter gekauft werden, die heute 60 Mk. das Pfund kostet.

Soll ich hier die Wochenrechnungen aufmachen? Ich glaube, es ist unnötig, denn das große Rätsel: „Wie kommen diese Menschen überhaupt noch durchs Leben?“ bleibt offen. So mühen sich Tausende und aber Tausende von Familien durch von Woche zu Woche. Ein Kampf mit der Not wird in diesen Haushaltungen geführt, der so gigantisch und furchtbar ist, daß er die Grundfesten alles Bestehenden erschüttert.

Hat jemals einer der wohlwollenden Herren, die so ohne weiteres die Jenster „ordentliche Leute“ erzielen, daran gedacht, was es heißt, heute in den Räumen der Ordnung zu bleiben? Die Wägerei in Landwirtschaft, Industrie und Handel hat die Schuldigen, für das Anwachsen derjenigen, die aus der Bahn der Ordnung geworfen, zu Verbrechern werden. Und alle diejenigen sind Missetäter an jedem einzelnen Verbrecher, die selber in der glücklichen Lage sind, 5000 Mk. in der Woche zu verdienen zu können und von anderen fordern, daß sie mit 1000 Mk. auskommen müssen. Wann werden diese Schuldigen an der Zerrüttung des Staats-, Gesellschafts- und Menschenlebens zur Verantwortung gezogen werden?

Klara Schömann-Schuch

### Erneute Erhöhung der Brennstoffpreise.

In der heute vormittag stattgefundenen Sitzung des Landesverordnungsamtes beschloß man sich wiederum mit der Renormierung der Kohlenpreise. Die Erhöhung der Preisen vom 1. Juni ab um 25 % bedingte auch eine Erhöhung der Kohlenpreise. Während vor dem 1. Juni 10 Tonnen Kohlen 4250 Mk. an Fracht kosteten, beläuft sich diese jetzt auf 5350 Mk. Das macht auf den Zentner rund 7 Mk. Erhöhung. Da aber außerdem das Kohlen-Syndikat den Preis der Steinkohlen und Eisenerz-Anschaffungskosten pro Zentner um 7-8 Mk. erhöhte, so steigen diese beiden Sorten um 15 Mk. pro Zentner im Preise. Danach löst der Zentner ungefähr: Hartkohle ab Lager 129 Mk., weiche Kohle 137 Mk., Braunkohle über 20 um 132 Mk., 148 Mk., Braunkohle unter 20 um 128 Mk., Anthrazit und Steinkohle unter 20 um 143 Mk. Es wurde dabei bemerkt, falls eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise eintritt, würden tageliche Kohlen billiger zu haben sein als heute.

Die kommunistische Jugend Deutschlands versammelte sich am Sonntag in Lübeck zu einer Kundgebung. Am Sonntagmorgen trafen aus den verschiedenen Gegenden Jugendgruppen im Konzerthaus Lübeck, das als Sammelort bestimmt war, ein. Am Sonntagvormittag fand am alten Bahnhofsplatz eine Demonstrationssammlung statt, in der Heilborn und Hedert-Berlin sprachen. In dem Zuge nahmen, wie uns mitgeteilt wird, etwa 500 bis 600 Jugendliche einschließlich einiger Kinder teil. Als Hedert redete, erregte sich ein lauterer Jubel. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Die Kundgebung wurde durch den Leiter eines Schießers mit einer Rede beendet. Man hatte die Kundgebung am alten Bahnhofsplatz abgehalten, so versuchte er in der Sprache zu erheitern.

### An die organisierten Arbeitnehmer Lübecks!

Arbeiter! Angestellte!

Das Werden Rußlands. Ueber dieses hochaktuelle Thema wird an 2 Tagen in dieser und der kommenden Woche der Prof. Marcus Abramowitsch-Rußland sprechen. Im Hinblick auf die Bedeutung Rußlands für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft, weiterhin aber auch um der Lübecker Arbeitnehmerschaft einmal aus beruhendem Munde die Verhältnisse in Rußland schildern zu lassen, hat der Ortsausschuß des A. D. G. B. den Genossen Abramowitsch zu diesen beiden Vorträgen verpflichtet. Der erste Vortrag findet am Sonnabend, dem 10. Juni, der zweite am Donnerstag, dem 15. Juni, jedesmal abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Die Gewerkschaftsvorstände werden gebeten, sofort Karten in Empfang zu nehmen. Diese sind im Gewerkschaftssekretariat zu haben. Der Preis für die Karte (gültig für beide Vorträge) beträgt 5 Mk. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeitnehmers diesen Vorträgen beizuwohnen. Vor allem dürfen die Betriebsräte und sonstige Funktionäre der modernen Arbeiterbewegung für ihre Tätigkeit diese Vorträge nicht versäumen.

Der Vorstand des A. D. G. B.

Ein Kriminalbeamter lief hinterher; es entstand ein wilder Trubel. Die Kommunisten, die glaubten, daß eine Störung ihrer Veranstaltung geplant sei, verfolgten beiden eine derbe Tracht Prügel. Nachdem sie aber ihren Irrtum einsehen, wurde der Zwischenfall mit Hilfe des Referenten bald beigelegt. Nachmittags fanden Spiele auf Buniamshof statt und am zweiten Vortragsabend machte man einen Ausflug nach Travemünde. — Die große Veranstaltung, für die in den kommunistischen Blättern seit Wochen lebhaft Propaganda getrieben wurde, fiel also ziemlich klein aus.

Aus dem Bericht des Vereins Öffentliche Beschäfte zu Lübeck für 1921. Das Geschäftsjahr wurde dem Rechnungsjahr des Staates angepaßt, um die Bewilligungen für die Gehälter der Angestellten, die seit dem 1. Januar 1921 vom Staat gezahlt werden, gleichmäßig verrechnen zu können. Alle jährlichen Ausgaben hatte der Verein aus seinen eigenen Einnahmen zu bestreiten. Der Verein sah sich genötigt, eine Werbung zur Beschaffung der notwendigen Geldmittel zu veranstalten. Eine Sammlung erbrachte 22 075 Mk. Durch diese Beiträge vornehmlich war der Verein in der Lage, in den 5 Vierteljahren des Berichtes alle jährlichen Ausgaben zu bestreiten, so daß der Jahresbericht mit dem geringen Restbetrag von 150,57 Mk. abschließt. Durch die von privater Seite gewährten Mittel war der Verein ferner in der Lage, die Zweigstelle St. Lorenz wieder zu eröffnen und die St. Gertrud-Bücherei zu übernehmen. Von Januar 1921 bis März 1922 wurden in der Hauptbibliothek 184 849 Bände entliehen. Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfielen 124 750 = 67,5 Prozent auf unterhaltende, 42 383 = 22,9 Prozent auf belehrende Literatur, 16 093 auf Zeitschriften, 1270 auf fremdsprachliche Werke, 353 auf Zeitschriften. Auf 801 Jugendarbeiten wurden 14 239 Bände ausgeliehen. In der Zweigstelle St. Lorenz wurden 61 Leser und 2500 Entleihungen verzeichnet. Der Jahresbericht wurde von 48 359 männlichen, 744 weiblichen und 13 632 jugendlichen Personen, zusammen 69 332 Personen besucht. Eine endgültige Entscheidung über die Frage der Verstaatlichung der Bücherei steht noch aus.

Die Ausbreitung des Esperanto in Deutschland. Bei der auf Veranstaltung des Bällesbundes in Genf abgehaltenen pädagogischen Esperanto-Konferenz gab der Leiter des Esperanto-Amts für das Deutsche Reich, Herr Professor Dr. Dietterle, den Bericht über den Stand des Esperanto in Deutschland, aus dem kurz folgendes mitgeteilt sei: Es bestehen zurzeit an Gruppen im deutschen Esperanto-Bund 138, im deutschen Arbeiter-Esperanto-Bund 90, in der katholischen Esperanto-Liga 14 und vereinzelt 23, insgesamt 255 Gruppen. 1921 wurden 1600 Lehrgänge mit rund 40 000 Teilnehmern abgehalten. (In den Jahren 1912-20 sind 60 000 Teilnehmer gezählt worden.) Dieser Zahl von 120 000 Kursteilnehmern entspricht weder die Anzahl der in Verbänden organisierten Esperantisten, noch die Zahl derer, die überhaupt Esperanto erlernt haben; denn diese ist bedeutend größer. Dies wird ermessen durch den Verkauf von 600 000 Lehrbüchern, von denen es über 60 verschiedene für das deutsche Sprachgebiet gibt. Die Stärke der Esperantobewegung im deutschen Lande und im Arbeiterbunde ist etwa die gleiche, eher bei letzterem noch etwas größer. In 123 Städten und Ortschaften ist Esperanto bereits in einzelnen Schulen eingeführt worden. Nach Osnern 1922 kommen noch Schulen in weiteren 49 Städten hinzu.

Zentrale für private Fürsorge. Im Mittagstisch, Fischstraße 17, wurden im Monat Mai an 31 Tagen 4269 Portionen Essen verausgabt.

Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke. In den drei Verkaufsstellen wurden vom 1. bis 31. Mai abgegeben: 2040 Gläser Milch, 450 Tassen Suppe, 6225 Tassen Kaffee, 5230 Stück Brot.

Lehrerlehrgangverein. Infolge der großen Nachfrage nach Karten zu seinem Donnerstagkonzert veranstaltete der Berliner Lehrer-Gesang-Verein am Tage vorher, am Mittwoch, dem 7. Juni, abends 6 Uhr, ein Kirchenkonzert. Dies findet statt in unserer alljährlich so wundervollen Kirchenkirche. Es wird dem Vortragspublikum von dem berühmten Verein etwas ganz Besonderes geboten. Eintrittskarten zum Preise von 10 Mk. sind bei E. Robert und vor dem Konzert in der Kirche zu haben.

Kulturhistorisches Museum. Die Schausammlung der einheimischen (Land- und Süßwasser-) Gehäuseschnecken und Muscheln ist fertiggestellt und in einem großen Stehpult des Heimatmuseums untergebracht. Mit Unterstützung von Herrn E. Schermer ist es möglich gewesen, fast sämtliche Arten zusammenzubringen. Sie sind, mit Ausnahme der kelteneren, in mehreren Formen und Größen, auch in verschiedenen Lagen so bereitet, daß die zur Bestimmung nötigen Teile gut erkannt werden können. Herr Dr. E. Albert lieferte eine dem Leben nachgebildete Gruppe vieler niedlichen Zwergmuscheln, Muscheln. Die Tierchen letzterer Gattung an Gebirgsbächen, zwischen denen sie ihr Angeln angesetzt haben, umher. Der Ausstellung lebender Tiere hat Herr J. Otto angenommen. In kleineren Wasserbecken sammelte sich der große und der kleine Leisnauer, Triton cristatus und T. cristatus, der gelbbräunliche Gantler, Cybister lateralis und der schwarzgrüne Keltenschnepfen, Sphaerium piceum, und die merkwürdige Stabwanze, Ranatra linearis, ist im Wassergewirr kaum zu erkennen. Sie alle sind Leisnauer und wussten an die Oberfläche kommen oder wie die Stabwanze ihr Sauerstoffbedürfnis mit Hilfe einer langen Atemröhre befriedigen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Schauspiel. Die große Szene „In Lübeck ist der Teufel los“ hat bei der Erprobung sowie an den beiden Vorstellungen einen vorzüglichen Erfolg erlangt, daß dieser Schauspieler noch recht lange den Spielplan beherrschen wird. Als Gaststarke mit: Adolf Linsbom, Emil von Dolken und die prächtige Schauspielerinnen Beatrice Friedel.

Der Jüdische Club. Bei uns auf dem Bergfeld täglich Versammlungen. Der bisherige Leiter dieses Clubs, Herr Dr. H. D. hat seinen großen Anhang verlassen.

### Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der neue Umstürzlerverein. Dem G. ist ein Rundschreiben der Offiziersgesellschaft Hamburg auf die Tisch geflogen, in dem mehrheitlich über den mangelnden Besuch kameradschaftlicher Veranstaltungen geklagt wird. Es ist darauf hingewiesen, daß sich auf diese Weise die Offiziersgesellschaft blamiere, was unter allen Umständen vermieden werden müsse, der Vorstand dürfe nicht im Stich gelassen werden, da stets bestrebt gewesen sei, den kameradschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, weil dieser zur Wiederaufrichtung unseres tief da niedergehenden Vaterlandes unbedingt erforderlich ist, und der Geist, der in dem Offizierskorps der früheren deutschen Wehrmacht herrschte, erhalten bleiben müsse. — Der Geist, „der in dem Offizierskorps der früheren deutschen Wehrmacht herrschte“, soll durch die Offiziers-Gesellschaft Hamburg erhalten werden und die Herren Mitglieder streifen. Das ist aber bedauerlich! Kann man da nicht einen Zwang einführen? Man sollte doch meine daß in ganz Hamburg mehr als 40 Offiziere an dieser Pflege militärisch-monarchistischer Geistes Interesse hätten! Ob nicht? Ach, die arme Dynastie!

Hamburg. Zum Anschlag auf das Revolutionärendenkmal. Der Polizeipräsident hat 10 000 Mark Besoldung ausgesetzt für den Nachweis von Tatsachen, die zur Greifung der Täter führen, die die Anschläge auf das Revolutionärendenkmal auf dem Dübendorfer Friedhof, auf das Gebäude der „Volkszeitung“ und die Buchhandlung von Cahnkley verübten.

Hamburg. Mord auf offener Straße. Ein Auferstehender Vorgang ereignete sich am Freitag abend in der Lappenbergallee, wo der Kartograph Walter Otto von Cron von seiner Geliebten, der Ehefrau Schröder auf offener Straße durch zwei Revolverkugeln getötet wurde. — Noch ein Anschlag? In der Nacht auf Sonntag bemerkte ein Beamter der grünen Polizei am Schaufenster der kommunistischen Buchhandlung von Goym in der Admiralitätsstraße einen glimmenden Gegenstand, der entfernt und auf die Straße warf, wo er bald darauf explodierte. Die Untersuchung ergab, daß es sich um eine 15 Zentimeter langen und 2½ Zentimeter dicken Sprengkörper handelte.

Hamburg. Großfeuer. Auf dem Gewese des Hofbesitzer Eggert in Sülldorferbrunn brach ein Feuer aus, durch das das mit weicher Bedachung versehene Wohn- und Wirtschaftsgebäude bis auf die Grundmauern eingestürzt wurde. Infolge der Dürre griff das Feuer sehr schnell um sich, so daß fast sämtliche Mobilien und die wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte verbrannten.

Wittenburg. Vom Blitz erschlagen. Bei einem Gewitter wurde auf der Cammer Feldmark der Arbeiter Busch der an der Düngerstreummaschine beschäftigt war, vom Blitz erschlagen.

Bremen. Bremen-Ostasien. Der Nordh. Lloyd hat beschlossen, am 11. November wieder einen Personenverkehr mit neuen Schiffen nach Ost-Asien einzurichten. Als erstes Dampfer wird der zurzeit auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen in Bau befindliche etwa 9000 Br.-Reg.-Tonne große Passagier- und Frachtdampfer „Weser“ von Bremen abgeferiert werden. Der Dampfer wird auf der Ausreise vorausichtlich Colombo und Belawan, im übrigen aber Penang, Singapore, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokohama anlaufen. Der Dampfer „Weser“ wird für die Beförderung von 70 Kajütspassagieren und 30 Passagieren 3. Klasse eingerichtet.

Oldenburg. Ueber die Koalitionspolitik im Oldenburger Landtag schreibt unser Rüstringer Parteiblatt, die „Republik“: Wie kaum anderswo ist es in Oldenburgischen Landtag Sitte geworden, daß die wechselnde Mehrheit zum Ereignis wird. Erst vor wenigen Tagen gab es bei dem Grundsteuergesetz ein wütes Durcheinander und auch in der Grundsteuererhebung siegte die eigenliche Minderheit des Landtages mit Hilfe der zentralistischen Koalitionsgenossen. Die Koalition selbst ist also in wirtschaftlichen Fragen stets unzuverlässig, ihr Zweck ist demnach auch nur, eine arbeitsfähige Regierung zu tragen. In diesem Punkte hat sie bisher ihre Aufgabe erfüllt. Daß sie darüber hinaus in politischen Fragen versagt, besonders wenn es sich um Dinge zugunsten der breiten Volksmassen handelt, ist nach der ganzen Struktur des Landtagsgeschäftes verständlich. Und keineswegs ist die Mehrheit des Oldenburgischen Landesparlamentes mit einer im politischen Leben häufig erwünschten Großzügigkeit behaftet. Es nimmt daher auch nicht wunder, wenn die Regierung bei der sehr angebrachten Maidebatte sofort ein häßliches sicherer Kantonisten von rechts und aus der Mitte vorand, das bereit war, ihr in jeder Beziehung zu sekundieren. Wir halten die feinerzeit erlassene Regierungsverfügung für eine völlig unangebrachte Sache und bebauern, daß die Angelegenheit eine derartige für die Arbeiterschaft beschämende Abwürgung erfuhr. Jeder Vergleich mit dem Tun der Alldeutschen in der Schule hinft. Arbeiterschaft und alldeutsches Jahrgattum sind zweierlei. Das möchten wir hiermit ganz entschieden betonen. Alldeutsches Jahrgattum ist Feind und Bekämpfer des jetzigen republikanischen Staates, die mehrheitssozialistischen Arbeiter jedoch sind die Schützer, Stützer und Träger dieses Staates. Ihr Machtsymbol ist auch Grundpfeiler des republikanischen Staatsgedankens. Ein Nebeneinanderstellen ist daher ein Irrtum. Gelinde ausgedrückt: Besser vielleicht ein — Täuschungsverfuch! Die Regierung muß den Landtag nicht sehr hoch einschätzen.

### Gewerkschaften.

#### Tariflohn für Lehrlinge.

In normalen Zeiten gab es über die Entschädigung der Handwerkslehrlinge keinen Streit. Entweder zahlten die Eltern der Lehrlinge ein Lehrgeld von etwa 200 bis 300 Mk., wofür dann der Lehrling vom Meister in Kost und Logis genommen wurde, oder der Lehrling bekam eine geringe, für die gesamte Dauer der Lehrzeit einheitlich bemessene nach den einzelnen Lehrjahren abgestufte Entschädigung als Kostgeld. Infolge der Kriegsumwälzungen wurde das Kost- und Logiswesen von den Meistern zum größten Teil aufgegeben und statt dessen allgemein eine geringe Entschädigung von der verschiedenen Innungen festgesetzt. Meist mußten die Frauen der im Felde stehenden Väter während der Kriegszeit die Lehrverträge abschließen, wobei hauptsächlich der Entschädigung die Lehrmeister ihre Interessen nur zu gut zu wahren wußten.

So bildeten sich infolge der zunehmenden Geldentwertung schreiende Mißstände heraus, da die biederen Handwerksmeister auf ihren Schein bestanden und keinen Pfennig mehr zahlen wollten, als bei Abschluß des Lehrvertrages unter ganz anderen Verhältnissen vereinbart war. Die Gewerkschaften mußten sich mehr als bisher ins Mittel legen und dafür sorgen, daß die Entschädigung etwas erhöht wurde. Nirgends aber sind die oft nur Lehrlinge haltenden Handwerksmeister empfindlicher als in diesem Punkte. Sie wissen, daß, wenn erst einmal die Gewerkschaften dahinter stehen, die Lehrlingsentschädigung der steigenden

Zuerung folgen und gleich den Gehilfenlöhnen von Zeit zu Zeit nominaell erhöht, der gesteigerten Selbstbewertung angepaßt werden muß.

Wenn die Innungen und sonstigen Handwerkervereinigungen sich den armen Lehrlingen und deren ja auch nicht reichen Eltern gegenüber nicht gar so kleinlich-proflisch gezeigt hätten, sondern den Lohnzulagen der Arbeiter folgend, von selber die Lehrlingsentschädigung allmählich etwas erhöht hätten, dann wäre manche Gewerkschaft noch kaum dazu gekommen, eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung zu fordern. Doch gerade das unglaubliche Verhalten der Kleinmeister, die ihre Preise sehr wohl den veränderten Verhältnissen anzupassen wußten, führte zu unangenehmen, nur zu sehr berechtigten Klagen der Eltern, durch die die Gewerkschaften gezwungen wurden, sich um die Abstellung der schreienden Mißstände zu kümmern. Die „Entschädigung“ reicht oft kaum für das nötige Fahrgehalt, geschweige denn für Stiefelsohlen und anderes aus.

Eine tarifliche Regelung liegt sowohl im Interesse des Handwerks, wie in dem der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen unter allen Umständen verhüten, daß die allzu billigen Arbeitskräfte der Lehrlinge den Meistern einen Anreiz bieten, nur Lehrlinge anstatt Gehilfen zu beschäftigen. Aber auch der anfängliche Teil der Handwerksmeister hat einen Anspruch darauf, mit den übrigen nicht auf gleiche Stufe gestellt zu werden. Verschiedene Handwerkergruppen bestürmen die Behörden geradezu mit Klagen über Mangel an Lehrlingen und fordern Abhilfe. Am liebsten wäre ihnen die Auslieferung der Waisenkinder. Bei den Praktiken der Handwerksmeister ist es heute vielen Eltern einfach unmöglich, ihre Söhne auf drei oder vier Jahre in die Lehre zu geben, sie ohne jede nennenswerte Beihilfe zu ernähren und zu kleiden, nur damit das „Handwerk“ billige Arbeitskräfte hat.

Die Frage der Lehrlingsentschädigung muß notwendigerweise im Zusammenhang mit all den Fragen betrachtet werden, die die ganze veraltete Verfassung des Lehrlingswesens aufgeworfen hat. Krampfhaft klammert man sich an den Begriff des Lehrlingsverhältnisses als „Erziehungsverhältnis“, um so gegen alle Einwendungen geschützt zu sein. Der Lehrling sei kein Arbeiter, sein Arbeitsverhältnis ein Erziehungsverhältnis, in das niemand außer den unmittelbar beteiligten Eltern und Handwerksmeistern hineinzureden habe. Ein geradezu typischer Fall wird jetzt dazu benutzt, um zu zeigen, daß die Regelung der Lehrlingsentschädigung durch Tarifvertrag gesetzlich unzulässig sei.

Im Januar 1919 wurde mit einem Bäckermeister ein Lehrvertrag geschlossen mit einer Lehrzeit vom 15. März 1918 bis zum 15. März 1921. Vereinbarung war für das erste Lehrjahr ein Wochenlohn von 1 Mk., für das zweite Lehrjahr ein solcher von 2 Mk. und für das dritte Lehrjahr ein solcher von 4 Mk. Unter Berufung auf einen für allgemeinverbindlich erklärten Nachtrag vom 9. Dezember 1919 zu einem Tarifvertrag für das Bäckerhandwerk, wonach für Bäckerlehrlinge ein Wochenlohn von 10 Mk. im zweiten Lehrjahr und von 15 Mk. im vierten Lehrjahr festgesetzt wurde, forderten die Eltern des Lehrlings die Nachzahlung der Differenz zwischen der tariflichen Entschädigung und der im Lehrvertrag vereinbarten. Die Kunst nahm sich dieses Falles an, und es ist ihr gelungen, eine letztinstanzliche Entscheidung des Landgerichts Frankfurt a. M. am 7. April d. J. zu erlangen, wonach die Regelung der Aufwandsentschädigung der Handwerkslehrlinge durch Tarifvertrag gesetzlich unzulässig sei, und zwar auch dann, wenn der Reichsarbeitsminister den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt hat!

Gerade dieser Fall müßte auch den Juristen zeigen, daß es unmöglich ist, den Handwerksmeistern die Festsetzung der Entschädigung allein zu überlassen und daß eine Regelung im Rahmen des Tarifvertrages geradezu notwendig ist. Die gesamten Handwerkerverbände berufen sich jetzt auf diese Entscheidung, um freudensprechend zu verkünden, die Regelung der Entschädigung für Handwerkslehrlinge durch Tarifvertrag sei gesetzlich unzulässig. Es ist zuzugeden, daß infolge der veralteten Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Lehrlingswesen eine derartige Auslegung möglich ist. Allein sie steht nicht nur in flagrantem Widerspruch zum gesunden Menschenverstand, sondern auch zu allen modernen Rechtsbegriffen. Die Frage ist, ob nicht eine richterliche Entscheidung ein anderes Ergebnis zeigen würde. Sie kann in diesem Falle freilich aus prozessualen Gründen nicht herbeigeführt werden. Mehr aber noch zeigt diese Entscheidung, wie notwendig es ist, daß mit der gesetzlichen Neuordnung des Lehrlingswesens endlich ernst gemacht wird. Es muß einmal gründlich mit der Fiktion aufgeräumt werden, als sei das Lehrlingsverhältnis kein Arbeits-, sondern ein „Erziehungsverhältnis“, damit auch hier endlich einmal modernere Rechtsauffassungen Platz greifen. Wenn die Handwerkervereinigungen das Lehrlingswesen als ihre ureigenste Domäne betrachten, gewissermaßen als letzte Säule des Handwerks, so muß ihnen nach allen Erfahrungen bedeutet werden, daß der alte Schiedsroman unmöglich weitergehen kann. Genau wie an die Tarifverträge, mit den von ihnen bekämpften und geschmähten Gehilfenorganisationen, werden sich die Herrschaften auch an eine neue tarifliche Regelung des Lehrlingswesens und eine tarifliche Festsetzung der Lehrlingsentschädigung gewöhnen müssen.

Die Frauenrundschau der „Nationalliberalen Correspondenz“ brachte dieser Tage einen Artikel der Geschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sich ebenfalls mit der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen und Vergütung der Lehrlinge befaßt und diese gleich uns entschieden befürwortet.

## Aus aller Welt.

**Zuchthausstrafe für einen ehemaligen Bezirksfeldwebel.** Die Strafkammer in München-Gladbach verurteilte den ehemaligen Bezirksfeldwebel Schommer bei dem Bezirkskommando Rhein bei zweiinhalb Jahren Zuchthaus. Er war im Kriege Leiter der Zurückstellungsabteilung und hat von Leuten, die reklamiert werden wollten oder für ihre Fabrik Arbeiter reklamieren wollten, erhebliche Schmiergelder angenommen, deren Höhe er selbst auf 150 000 Mark beziffert.

**Miesenbrände mit Millionenchäden.** Die Trikotagenfabrik Maribel Frank-Sachs, Aktiengesellschaft in Chemnitz, Sachswerk in Wöhringen bei Rößwein, ist von einem Miesenbrand heimgelassen worden, der Millionenchäden angerichtet hat. Der ganze Betrieb ist stillgelegt. Große Posten fertiger Waren und Borräte sind vernichtet. In den letzten Tagen vernichtete eine Feuerbrunst die Wollfabrik von Kieger in München. Der Schaden beträgt rund 9 1/2 Millionen Mark.

**Folgen schwerer Sandeinsturz in Lemberg.** Im jüdischen Stadtteil stürzte ein dreistöckiges Haus ein. Bisher wurden 8 Leichen und 17 Schwerverletzte geborgen, 15 Personen werden noch vermisst.

**Lehrer im Flugzeug.** Aus Lausanne wird gemeldet: Der Pilot der Fliegerkategorie „Aero“ in Lausanne, Emil Johner

## Kritische Betrachtung zu den wirtschafts-politischen Beschlüssen in Genua.

Die Verhandlungen auf der internationalen Konferenz in Genua haben sehr stark unter dem Eindruck der politischen Vorgänge gestanden und in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Fragen, die zur Verhandlung standen, abgelenkt. Zu den Erörterungen in Genua, die diesem Schicksal verfielen, gehört auch die Behandlung der internationalen Wirtschaftspolitik. Eigentlich sollte sie die Hauptfrage sein, mit der man sich in Genua beschäftigen wollte, aber es gelang nicht, die Hauptaufmerksamkeit hierauf zu konzentrieren.

Die Kommission, die sich mit der Wirtschaftspolitik befaßte, hat eine sehr eingehende Arbeit geleistet und sich in langen Verhandlungen mit all den wichtigen Problemen beschäftigt, die unsere internationalen Handelsbeziehungen betreffen. Die deutsche Delegation hat mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, wie eng die Frage der Wirtschaft mit der Finanzfrage in Verbindung steht, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die große Differenz in der Bewertung der Zahlungsmittel der einzelnen Länder, die Verschuldung der Staaten untereinander, mit einer der wesentlichsten Ursachen für das Durcheinander in unserem internationalen Verkehr ist. Die hieraus sich ergebenden wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Ländern mit günstiger und ungünstiger Valuta zu überbrücken das war die Hauptaufgabe, die in der Wirtschaftskommission zu erfüllen war.

Dazu kommt für Deutschland die ungünstige Position, daß unsere Zahlungsbilanz durch die enormen Reparationslasten immer stärker passiv wird. Die Vertretung der deutschen Delegation hat deshalb immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Gesundung der deutschen Wirtschaft nur möglich ist, wenn die Reparationslasten erheblich gemindert werden. Obwohl eigentlich nach den Beschlüssen in Cannes, wie es die Franzosen insbesondere beabsichtigten, nicht über den Verfall der Vertrag und seine Auswirkungen gesprochen werden sollte, konnte man es nicht verhindern, daß auf diese Wirkungen des Verfall der Vertrag von der deutschen Delegation nachdrücklich hingewiesen wurde.

Um einzelne wichtige Fragen aus den Verhandlungen herauszuheben, sei folgendes bemerkt: Fast allgemein wurde der gegenwärtige Zustand beklagt, daß bei der Neugruppierung, wie sie die Entente in der Saatenbildung in Europa vorgenommen hat, die wirtschaftliche Grundlage dieser Staaten vollständig unbeschadet bleibt. Die Zerplitterung in der Staatenbildung, die einheitliche Wirtschaftsgebiete zerrissen hat, muß für den Handelsverkehr immer neue Hemmnisse bringen. Diese können erst beseitigt werden, wenn unter diesen nur nach politischen Gesichtspunkten abgemessenen Staatenbildungen wirtschaftliche Interessenverbände durch Handelsverträge oder Handelsabkommen geschaffen werden.

Die Frage der Rohstoffversorgung gab Anlaß zu einer sehr eingehenden Auseinandersetzung, bei der die Vertretung von Italien und Frankreich den Standpunkt einnahm, daß die Rohstoffe, die ein Land besitzt, soweit sie nicht dem eigenen Verbrauch vorbehalten sind, ohne besondere Steueraufschläge an das Ausland abgegeben werden müssen. Diese Anschauung fand vielfach Widerspruch und die deutsche Delegation konnte mit Nachdruck darauf hinweisen, daß ja die Reparationskommission der Entente Deutschland gegenüber die strikte Forderung erhoben hat, daß zu den Kohlenpreisen erhebliche Zuschläge gemacht werden müssen, damit die Kohlen nach dem Ausland nicht unter dem Weltmarktpreis abgesetzt werden können. Sicherlich war den Vertretern der Entente dieser Hinweis unangenehm, aber es wurde auch von anderen Interessenten der Standpunkt vertreten, daß so allgemein die Anforderung nicht gestellt werden könne, sondern daß unter Berücksichtigung der Finanzlage eines Reiches wohl begründet erscheint, zu den Rohstoffen Steuerzuschläge zu machen. Umgekehrt ging natürlich gerade das Streben Italiens darauf aus, bei der Kohlenlieferung aus Deutschland auf Rechnung des Reparationskontos möglichst niedrige Preise in Ansatz zu bringen.

In enger Verbindung damit stand die Frage des sogenannten Dumping. Man behauptete — und mit gewissem Recht — daß die untervalutarischen Länder eine sehr unbillige Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch eine Preisunterbietung hervorzurufen. Hier verlangte Italien, daß es verboten sein sollte, Waren unter Her-

stellungskosten im Herkunftsland nach dem Auslande abzugeben. Die deutsche Vertretung hatte grundsätzlich keine Einwendungen gegen die Auffassung, weil handelspolitisch die Maßnahmen, die insbesondere von den Kartellen betrieben werden, im Ausland billiger zu verkaufen als im Inland, nicht gerade eine Rechtsfertigung erfahren können. Indes stellte sich sehr bald heraus, daß gerade in den hochvalutarischen Ländern sich das Bestreben geltend macht, die Preise nach dem Ausland auf Kosten des Inlands zu ermäßigen und deshalb kam von jener Seite der Einwand, daß auch dieser Grundlag keine allgemein geltende Anerkennung ertragen könne, daß er nur wünschenswert ist in der Durchführung unter Berücksichtigung normaler Verhältnisse.

Bedeutung war die Frage, ob es möglich sein würde, in der Meistbegünstigung eine bessere Stellung, wie sie der Verfall der Vertrag Deutschland auferlegt hat, zu erringen. Der Verfall der Vertrag bestimmt, daß Deutschland jede Zollermäßigung, die es einem Staate gewährt, ohne irgend eine Gegenleistung auch allen alliierten Staaten gewähren muß. Die Regel in handelspolitischer Beziehung war bisher, daß die Meistbegünstigung, wie man die eben kurz skizzierte Form des Handelsabkommens nannte, so vereinbart wurde, daß für beide Vertragschließenden auf gleicher Grundlage die Vorteile zugestanden wurden. Die Bekämpfung dieser nachteiligen handelspolitischen Stellung Deutschlands durch den Verfall der Vertrag fand in der Konferenz eine überaus günstige Aufnahme. Es war bezeichnend, daß nach den vorliegenden Berichten nicht nur einige neutrale Staaten, sondern auch von sehr einflussreichen Entente-Staaten diese Bestimmung des Verfall der Vertrag — wenn auch nicht unter deutlicher Kennzeichnung, dennoch durch die grundsätzliche Stellungnahme — als unhaltbar erkannt wurde. Der englische Vertreter nahm einen durchaus freihändlerischen Standpunkt ein. Ihm folgten die Vertreter von Japan und Italien, sowie die kleine Entente. Nur Frankreich blieb auf dem Standpunkt des Verfall der Vertrag stehen, aber man gewann den Eindruck, daß es sich hier mehr um eine politische Preisfrage handelt, als um eine sachliche Wirkung handelspolitischer Grundzüge. So darf der Beschluß, den die Konferenz in der Meistbegünstigung gefaßt hat, als ein durchaus befriedigender gelten. Natürlich ergeben sich für die praktische Anwendung der Meistbegünstigung bei den großen Differenzen in der Valuta der einzelnen Länder erhebliche Hindernisse. Es wird in der praktischen Anwendung sich nicht mehr um eine rein schematische Uebertragung der Meistbegünstigung handeln, sondern es wird eine Berücksichtigung der Valutadifferenz nötig sein. Aber das sind Einzelheiten, die in der praktischen Lösung dieser Frage keine unüberwindliche Schwierigkeit bieten.

Eine weitere Verhandlung, die mit den Wirtschaftsfragen in enger Verbindung stand, ergab sich in einer besonderen Kommission, die sich mit der Stellung der Ausländer beschäftigte, eine Erleichterung in den vielen Fragen, die die Handhabung des Passwens hervorgerufen hat und die den Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums zum Zweck hatte. Auch hier lauten die Beschlüsse so, daß ihre praktische Durchführung die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, sichern kann.

Es wird vielfach hervorgehoben, daß es sich hier eigentlich um Vorschläge der Konferenz handelt, die unmittelbar eine praktische Auswirkung nicht haben können. Das ist durchaus zutreffend, aber niemand konnte im Zweifel darüber sein, daß eine internationale Konferenz nicht zu einem Handelsabkommen führen würde, das für alle Staaten eine gleiche Grundlage schafft. So haben diese Beschlüsse natürlich nur den Wert, daß bei Verhandlungen über Handelsabkommen auf diese Grundsätze zurückgegriffen werden kann. Wenn künftig die Handelsverträge und Handelsabkommen von den hier niedergelegten Beschlüssen beherrscht werden, darf man annehmen, daß manche Hindernisse, die heute einen gegenseitigen Warenverkehr der Länder hemmen, überbrückt werden. Das ist der Vorteil, der aus diesen Beschlüssen für die künftige Gestaltung unserer Handelsbeziehungen zu erwarten ist. Ohne sie zu überschätzen, wäre es andererseits auch fälschlich, ihre Bedeutung zu verkleinern. Dazu kommt, daß die internationalen Beziehungen enger geknüpft wurden durch ein persönliches Nähertreten der leitenden Staatsmänner. Wir brauchen in der Welt eine Förderung gegenseitigen Vertrauens, um das Zurückdrängen der künstlich aufgeregten Leidenschaften zu bewirken, die politisch und wirtschaftlich so schwere Schädigungen herbeigeführt haben.

stürzte gestern abend auf dem Lausanner Flugplatz mit einem Passagier ab. Der Passagier war sofort tot, Zohner wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben ist.

## Theater und Musik.

### Sanjathheater.

„In Lübeck ist der Teufel los“ betitelt man eine sogenannte aus Hamburg vertriebene Revue, die eigentlich nichts anderes ist, als eine gewöhnliche Posse mit Gesang und Tanz. Und Gesang und Tanz kommen in der auf „Schlagler“ eingestellten Musik, für die Harry Hauptmann verantwortlich zeichnet — er hat gut abgezeichnet —, in ausgiebigem Maße zur Geltung. Vor allem erfreut der, allen Lübecker Gesangsfreunden bekannte, ehemalige Tenor unseres Stadttheaters, Adolf Trimborn, mit keiner immer noch prächtigen Stimme die Zuhörer. Es ist jammerschade, daß dieser ausgezeichnete Sänger sich mit Possenspiel beschäftigen muß. Und den Tanz interpretierte in gleich vorzüglicher Weise, im dritten, die „E. S. P. Diele“ darstellenden Bild, die Hamburger Ballettense Bleatrice Friedel. Man muß diese ebenso reizvollen wie graziösen Darbietungen besonders lobenswerth hervorheben. Außer diesen beiden Künstlern sind Ernst von Dollen und Richard Specht zu nennen, die als Adje und Hein prächtige Volkstypen auf die Bretter stellen. Der eine Betriebsrat gleich dem anderen Leiern bekannten Betriebsrat Emil Knapp fast aufs Haar. Zwei Balletteinlagen bieten glänzende Augenweide und von der Ausstattung ist das Bild des Lübecker Marktplatzes ziemlich ähnlich geraten. Was das mit dem Teufel zu tun hat, möcht Ihr lieben Leser wissen? Nun das erste Bild spielt in der Hölle. Dem Teufel wird es darin zu kalt und er unternimmt mit verschiedenen himmlischen Gastgästen einen Ausflug nach der Erde. Daß er gerade in Lübeck an der Trave landen mußte, das haben uns die Autoren Alfred Müller Förster und Max Ellen auch nicht verraten. Wer nicht viel Ansprüche an Kunstgenuss stellt, wird die Posse ganz passabel finden. Jedenfalls soll und muß man lachen. w.

## Allerlei Wissenwertes.

O.K. Der Knabenüberschuß im Krieg. Die seit alter Zeit behauptete Tatsache, daß im Kriege mehr Knaben als in friedlichen Zeiten geboren werden, hat sich auch während des Weltkrieges bewahrheitet. Die Hartmann in der „Neuen Generation“ mitteilt, läßt die moderne Statistik mit ihrem sorgfältigen Ma-

terial diese Erscheinung deutlich erkennen. In dem Verhältnis der männlichen Geborenen ist in den Jahren 1910—1920 eine bemerkenswerte Verschiebung eingetreten. Die Zahl der Knabengeburt weist eine beträchtliche Erhöhung auf, die außerhalb des Rahmens der zufälligen Schwankungen fällt. So betrug z. B. bei den ehelich Geborenen in Preußen 1916 die Knabengeburtziffer 107,2 gegenüber dem normalen Verhältnis 106,2 der Jahre 1910—1913, im Jahre 1919 sogar 108,6. In Sachsen zeigt erst das Jahr 1917 eine bemerkenswerte Erhöhung, nämlich 108,2, 1919 109,2; in Bayern sind die Ziffern 1918 108,8, 1919 108,5 gegenüber 106,2 in den Jahren 1910—1917. Die Erhöhung tritt in den Großstädten seit den Jahren 1917—18 hervor. Man hat die verschiedensten Erklärungen für diesen Knabenüberschuß im Kriege aufgestellt. Sie alle stehen auf schwachen Füßen; richtig scheint aber die Ueberlegung, daß die Geburtenzahl während der Kriegsjahre ganz enorm zurückging, die Säuglingssterblichkeit aber auch abnahm, da die Mutter dem einzelnen Säugling größere Pflege angedeihen lassen kann. Ebenso gestattet die geringere Zahl der Geburten der Mutter eine größere Rücksichtnahme auf sich selbst und auf das heranreifende Kind. Es laßt also nicht nur die Säuglingssterblichkeit überhaupt, sondern auch die für das männliche Geschlecht so besonders verderbliche vorgeburtliche Sterblichkeit, und das hatte ein Ansteigen der Knabenquote unter den Geborenen zur Folge.

## Für Industrie und Handel

Gelder in jeder Höhe gibt und notleidende Betriebe kauft  
Finanzierung u. Kommission G. m. b. H.  
Berlin S. W. 68.

Zahle hohe Preise

für  
**Gold-, Silber-, Double-,  
Platin-, Brillanten-**  
Gegenstände und Bruch.

**Carl Michaelsen,**  
Goldschmied,  
Mühlenstraße 3 (Klingenberg).

**Bekleidung**

**Törber & Goßmann**  
Feine Maßschneiderei.  
Fernruf 2119.  
Mühlenstraße 92.

**J. H. Pein** Markt 10/12.  
Breite Straße 64/68.  
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,  
Bettfedern, Herren- und Knaben-Garderobe,  
Arbeits- und Berufskleidung.

**Arbeiter!** Arbeitshosen, Kajen, Herren-  
u. Jünger-Anzüge kauft man  
am besten bei **G. Peter**, Glockengießerstr. 31.

**F. A. Müller** Leinen - Wäsche  
Betten  
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

**Heinrich Waller** Breite  
Straße 60  
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,  
Hüte

**Ernst Wehde** Herrenartikel.  
Beckergrube 33.

**Hut-Richter** Breite Straße 20  
Hützstraße 44.  
Fernruf 8443. Größte Auswahl. Billigste Preise.

**Gassmann**  
SPORTWAREN  
Lübeck  
Mühlenstraße 84.

Reserviert für  
**Franzen & Co.** Holstenstr. 21.  
Herrenartikel.

**J. H. Evers** Tuchhandlung.  
Beste Bezugsquelle  
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.  
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-  
meister.

**Berta Döhrmann Nchf.**  
Holstenstraße 18/15.  
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

**Emma Rösch** Modeschau  
Johannisstraße.  
Sämtliche Neuheiten in hellen Hüten sind ein-  
getroffen.

**D. Wagner** Damen- u. Kinderputz  
Holstenstraße 8.

**Carl Ritter** gegründet 1901.  
Spezialhaus f. Besatz-  
artikel. Fernruf 8873. Breite Straße 26.

**Handarbeiten** modern, geschmackvoll  
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft  
Nitz. Fernruf 3383. Obere Wahnstraße 1.

**Richard Haase** Breite  
Straße 37.  
Fernruf 2590. Pelzwaren.

**Gebr. Hirschfeld** Breite Str. 39/41  
Telephon 106.  
Modenschau für Damen- und Kinderkonfektion.

**Struve & Baumeister**  
Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufaktur-  
waren. Breite Straße 58.

**August Haerder & Co.**  
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.  
Seiden- und Kleiderstoffe. Baumwollwaren.

**Joh. Holst** Inh. **A. Lüders**  
Hützstraße 55. Manufaktur- und Kurzwaren.

**Karl Zegelin** Johannisstraße 11.  
Unterzeuge u. Strumpf-  
waren. Knabenanzüge usw.

**Friedrich Renner**, Hützstraße 49. Fernr. 2992.  
Feine Herren-Maß-Schneiderei. Lager in- und  
ausländischer Stoffe.

**W. Ramm** Johannisstraße 16.  
Korsetts jeder Art.

**C. G. Torküh**  
Fünftausen 12. Wäsche-  
aussteuer. Herr.-Artikel.

**„Favorit“**, Johannis-  
straße 7. Inh. A. Klans.  
Schneider-Reinigungs-Fabrik.  
Herren- u. Arb.-Artikel.

**Karl Frosch**, Aegi-  
dienststr. 62. An- u. Ver-  
kauft Kleidungsst., Fußz.,  
Wäsche und Bettzeug.

**J. U. Kröger** Gegr. 1782.  
Fernruf 1.  
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-  
materialien.

**J. Rickman**, Travemünde  
Fernruf 113. Kurgartenstraße 69/71.  
Kolonialwaren, Brennmaterialien.

**Geschäftliche Rundschau**  
und  
**Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

**Möbel und  
Dekoration** **F. Kloetzen**,  
Königstraße 65/67.  
Möbel u. Dekorationen.

**Boldts Möbellager**  
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-  
einrichtungen. Fischergrube 25/27.

**Johann Pamperin**  
Inh. Hermann Bülow. Moderne Inneneinrich-  
tungen. Lübeck, Fernspr. 8638, Mühlenstr. 47.

**Lübecker Stahlfeder-  
Matratzen-Fabrik** Inh.  
Carl Mühleke ir.  
Fernruf 3282. Hundestraße 54.

**Carl Folkers** Wohnungs-  
Ausstattungsgeschäft.  
Marlesgrube 23/25 und 25/32. Fernruf 2734.

**Matratzenhaus Reinecke**  
Beckergrube 22.

**Karl A. F. Westphal**  
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-  
stoffe usw. Untertrave 114/15, I., Ecke Holstenstr.

**Ludwig Möller** Mühlen-  
straße 45.  
Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

**Tapeten**

**Gebrüder Heick**  
Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 351. Gegr. 1876.  
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für  
Innendekoration.

**Rehm**, Beckergrube  
18.  
Fernsprecher 8601.

**Friedr. Matz** Inhaber **Paul  
Engelbrecht**.  
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.  
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.  
Gegründet 1808.

**Eugen Zangerl Tapetenlager**  
Breite Straße 53, I.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-  
Gesellschaft**

**Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.**

Hamburg			Büden			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Büden	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Niendorf
6:00	7:45	5:30	8:00	9:15	6:34	7:15	8:12	6:15	7:22	5:21W	6:01
7:47	9:21	2-4 St.	1:30	2:47	1:45	9:47	10:45	8:25	9:18	8:15W	9:00
2-4 St.	9:00	10:00	4:15	5:30	5:37	12:15	1:09	12:24*	1:21	9:42 S	10:10
11:08	12:25	8:30 D	5:30	6:52	3:37	1:42	D 2:25	2:58	3:58	2:07	2:47
2-4 St.	1:25	8:40 D	9:12	10:34	7:22	2:00	2:56	3:25 S	4:12	6:42	7:20
1:34	2:55	10:17	D 10:17	11:54	8:30	7:25	8:20	7:45	8:32	Niendorf	Travemünde
3:44	5:05	2-4 St.	D 10:17	11:54	8:30	7:25	8:20	7:45	8:32	ab Strand	ab Stadt
2-4 St.	4:17	5:38	12:22	1:58	9:55	10:52	11:50	10:52	11:50	6:58W	7:37
2-4 St.	7:15D	8:36	3:30	5:10	7:15	8:35	9:55	10:52	11:50	11:12S	11:50
7:22	8:43	5:10	9:25	D 10:55	9:02	10:27	8:00W	10:02	5:45	4:00	4:48
8:16D	9:14	7:22	9:42	D 10:41	1:14	3:38	9:00	10:20	10:32W	7:54	8:42
9:08S	1:02	9:00	12:02	1:44	-	D 7:10	2:10	3:35	10:27	W	11:50
9:20	1:12	11:40	5:19	7:08	7:08	D 8:08	7:20	8:55	4:25W	S	5:00
2-4 St.	11:40	1:06	9:12	10:51	7:25	9:25	7:20	8:55	4:25W	D	5:24

(Ohne Gewähr).

**Wullbrandt & Co., G. m. b. H.**  
Rosengarten 10. Kanalstraße 3/5. Fernruf 3497. **Kohlen, Koks, Briketts.**

**Erich Schager**, König-  
str. 45. Emaille-, Alum.,  
Haus- u. Küchengeräte.  
**Stempel-Weichter**,  
Burgwitz Nachf., Becker-  
grube 15.  
**Haus und Felle**  
kauft Hartengrube 5  
**R. Lissauer**

**Algemeines**  
Hut-Ziehe  
Blumen-Krause  
Blumen-Krause  
Blumen-Krause

**„Wurf“  
Seifen-  
pulver**

**Hans Köster** Ingenieur.  
Techn. Bureau.  
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper.

**Zeichen-Artikel** für Schule und  
Technik  
**Seyler u. Liebig**, Beckergrube 3.  
**Neumann & Erdmann**, Spezialhaus  
für Schreib- u. sonstige Büromaschinen.  
Fernruf 1870. Breite Straße 53, I.

**Ernst Haukohl** Mühlenstraße 49.  
Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune irdene  
Waren.

**Deecke & Boldemann**  
Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

**Joh. Möller** Orthopädisches Maß-  
geschäft.  
Fernruf 1852. St. Annenstraße 19.

**Dr. med. H. Wolfermann & Ge.**  
Bruchbänder, Leinbänder, sämtliche Artikel zur  
Krankenpflege. Fernruf 6225. Beckergrube 2.

**Ludwig Malzahn** Haus-  
und Hypothekemakler.

**Lübecker Badeanstalt**  
Fernruf 1243. Hützstraße 130. Elektr. u. sämml.  
medizinische Bäder. Römische von 3 bis 6 Uhr.  
Diensttag und Freitag für Damen.

**H. Mecklenburg & Co.**  
Fernruf 99 und 299. Mengstraße 52.  
Pack- und Pergamentpapier.

**Heinrich Bade** Vertreter von Diamant-,  
Presto- u. Mars-Fahrrädern. Reparaturen. Fahr-  
rad- u. Nähmaschinenhandlung. Mühlenbrücke 2a.

**B. Glogner & Co.** Kanal-  
str. 32/34.  
Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

**Selig L. Cohn** Fernruf 2153.  
Wahnstr. 62.  
Rohprodukte, Eisen, Metalle.

**Heinr. Pagels** Breite Str. 91/93,  
Hützstr. 6/16.  
Für Siedler große Auswahl: in Ölen,  
Herden, Waschkesseln, Toiletten, Badewannen,  
Wand- und Fußbodenplatten, Fabrikat Villeroy &  
Boch.

**F. Erdmann** Glockengießerstr. 61. P. 2751.  
Anzahl von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,  
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

**Hermann Richelsen**  
Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer-Magazin für  
Haus und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

**Friedrich Michael** Samenhandlung  
Breite Straße 32.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**J. F. B. Grube** Am Markt u.  
Kohlmarkt 5.  
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

**Grabmäler** billigst. **Ludwig Bruhn**,  
Granit- und Marmorwerk.

**J. Ruhland** Lübecker Kunststeinwerke.  
Grabmäler, Bazarartikel. Faltenstraße.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Ernst Boje**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Banken u. Industrie**

**Bankhaus Fritz Kiemstedt**  
Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße 5.  
Fernsprecher 8173, 983. Telegr.-Adr.: Nordbank.  
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Ham-  
burg 32658. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte.

**Louis Wolff, Komm.-Ges.  
Bank.**

**Alfons Frank & Co.  
Bank.**

**Vorschuß- und Spar-Vereins-  
Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17-19.  
Ecke Königstraße. Depositen 4% bei 6 mon  
Kündigung.

Reserviert für  
**Lubeca-Werke**

**Vereinsbrauerei Walkmühle**  
H. Lück. Fernruf 284. Lagerbier, Pilsner, Porter.

**Zigaretten und  
Tabak** **A. Röhrlich** Holstenstr. 2,  
Eck. Schlüsselb. Zigaretten,  
Zigaretten, Tabak. P. 274.

**Lübecker Kautabak**  
von **Chr. Floto**. Zu haben in allen ein-  
schlagigen Geschäften.

**Wieghorst & Jasper**  
Inh. C. A. Jasper, Geibelplatz 4. Fernsprecher 518.  
Fabriklager d. Tabakfabr. Arnold Böninger, Duis-  
burg. Verk. z. Fabrikpr. nur an Wiederverkäufer.

**Hermann Wieghorst** Am Markt,  
Ecke Weiter  
Krambuden. Zigaretten, Zigaretten, Tabake.

**Karl Jensen** Zigaretten-Spezialhaus.  
An der Mauer 84,  
Ecke Hützstraße. Mittlere Preise, gute Ware.

**Heinrich Kähler** Dornstraße 5  
Tabak, Zigaretten und Kolonialwaren.

**Installationen**

**Ernst Püstow** Elektrische Anlagen.  
F. 8589. Mühlenstr. 71.

**Carl Jenss** Elektromechanische Werk-  
statt. Hützstr., Ecke König-  
straße. Musikwaren. Eigene Zahnradfräselei.

Neu versilb. w. alte Metallgegenst. bei Gegenzahlg.  
v. allem Silber. **Joach. Fokuhl**, Mühlenstr. 77.

**Franz Heitzer** Klempnerei, Installation, Packen.  
Allee 48. Beleuchtungsk., Hausstandss. F. 2903.

**Schwartz**

**Geertz Hotel** am Riesebusch.  
Jed. Sonntag Konzert.

**Uhren, Goldwaren** große  
preiswerte Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-  
werkstatt. **Brüggemann**, Schwartzau, Markt 18.

**Ernst Blöcker** am Markt. Kolonial-  
u. Eisenwaren, Haus-  
standsartikel und Porzellan.

**Fahrzeuge u. Nähmaschinen**  
G. m. b. H. Eutinier Straße 1.

**Meierei Eitel** Meiereiprodukte.  
F. 2144. Schulstr. 1.

**Küchnitz u. Schlutup**

**Bäckerei u. Konditorei**  
**Heinrich Rau**, Küchnitz.

**Karl Schumann**, Malermeister, Küchnitz.  
Ausführ. sämml. Malerarbeiten, einfach. u. bess. Art.

**Gasthof „Stadt Lübeck“**  
Inh.: **Ernst Faase**, Küchnitz.

**Kaufhaus Max Kankel**  
Schlutup.

**Willi Richter**, Schlutup, Lübecker Str. 19.  
Uhren. Reparaturwerkstätte.

**Bäckerei und Konditorei Herm. Haase**  
Schlutup, Lübecker Straße 46.

**Otto Liebenow** Schlutup. Uhr. u. Goldw.  
Zigarr., Zigaretten, Tabak.

**Heinrich Thielbahr**,  
Schlutup. Drogen,  
Parfüm, Kolonialwaren.